

# 59. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sonder- und Sommersession 2026



- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  4. Aktualitäten

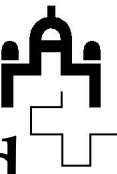
---

# 1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

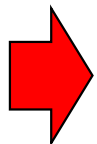
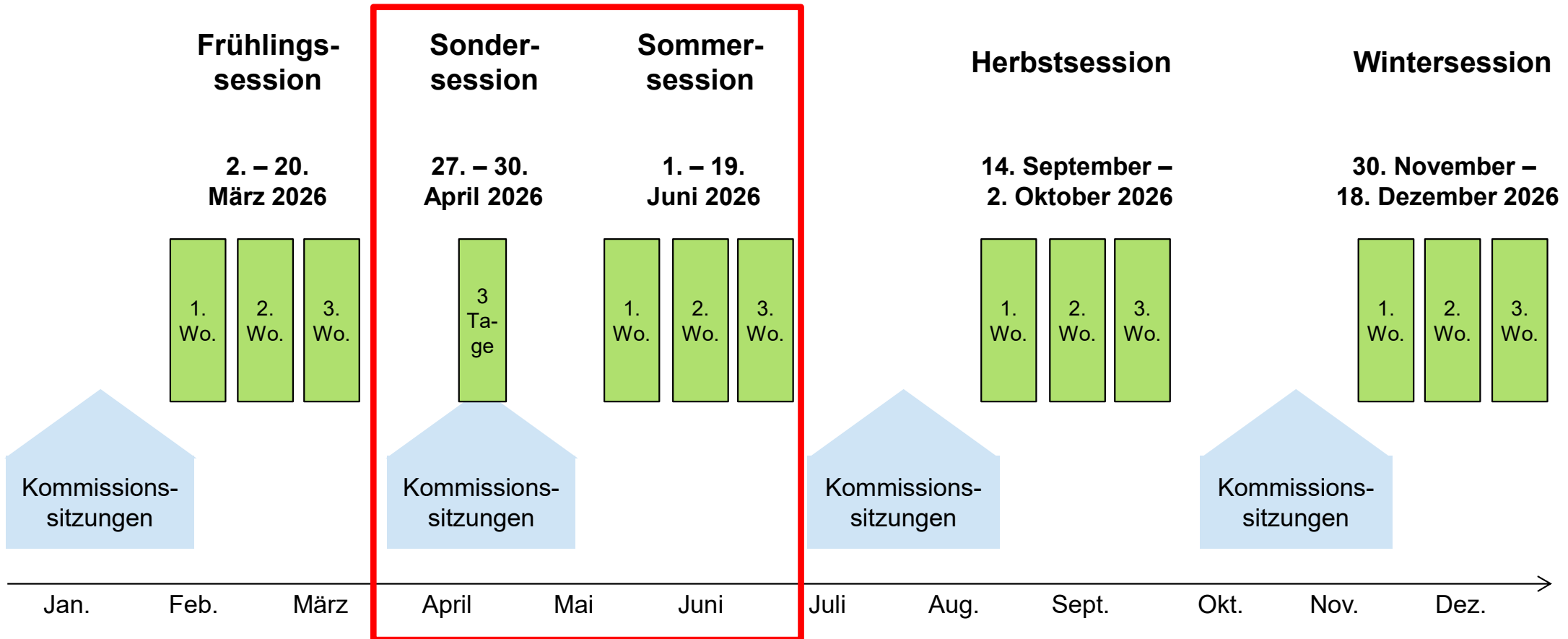
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



# In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sonder- und Sommersession und andere wichtige politische Entwicklungen



Zusätzlich zu den Sessions und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.



# Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



# Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SVP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die GLP und die SP



<b>SVP:</b>	<b>67</b>
SP:	41
Die Mitte:	31
FDP:	28
Grüne:	23
GLP:	10

**8 Stimmzähler**

**Präsident (SVP)**

**1. Vizepräsidentin (GLP)**

**2. Vizepräsidentin (SP)**



Quelle: www.parlament.ch



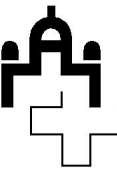
---

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

**2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session**

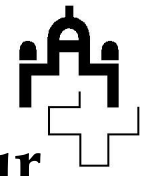
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



# Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Session und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (25.026)
- 2 Neutralitätsinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» (24.092)
- 3 EU-Unterwerfungsvertrag / Paket Schweiz-EU (26.023)
- 4 Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (24.073)
- 5 Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» (25.068)
- 6 Keine Aufenthaltsbewilligungen für Kriminelle (26.3130; 26.3229)
- 7 Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen, AVEG-Änderung (24.096)
- 8 Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» (24.080)
- 9 Diverse weitere Geschäfte



# 1,5 Millionen Wähler (45,2% der Stimmbbevölkerung) sagen Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»



Die Katharsis nach der Katarstrophe  
Nati-Legende und Blick-Experte Blerim Dzemaili sagt, was jetzt passieren muss » Sport

Fr. 3.- Montag 15. Juni 2026

## Volk lehnt 10-Millionen-Initiative ab

# Gnadenfrist für die Schweiz

► Das SVP-Anliegen war zu extrem ► 54,8 Prozent sagten Nein ► Die Probleme bleiben ► Bis zur EU-Abstimmung muss die Politik liefern

Ausgerechnet die SVP wollte ein politisches Problem mit einem staatlich verordneten Bevölkerungsschutz lösen. Das Volk sagte Nein: 54,8 Prozent. Deutlich genug. Zu Recht. Doch zum Aufatmen gibt es keinen Grund. Mit diesem Nein hat sich die Politik vor allem Zeit gekauft.  
**Die Ablehnung der «Nachhaltigkeits-Initiative» löst noch kein Problem.** Die Mehrheit wollte sich schlicht kein neues schaffen. Sie gewichtete die Risiken für Wohlstand, Renten



KOMMENTAR  
ROLF CAVALLI  
Chefredaktor

Besonders sichtbar wird das im Gesundheitswesen. Schweizer Spitäler rekrutieren Pflegefachkräfte direkt in Rom. Italien beklagt seit Jahren die Abwanderung ihrer besten Köpfe. Nicht nur in Pflege, Gastronomie oder auf dem Bau. Auch

viele Ärzte und Ingenieure werden im Ausland ausgebildet. Das ist keine Stärke. Das ist Abhängigkeit. Die Schweiz hat ihre Hausaufgaben zu lange verlagert. Und sie löst ihre Probleme auf Kosten jener Länder, die diese Fachkräfte selbst dringend brauchen.  
**Inländerverrang ist nun das Zauberwort.** Soll daraus mehr werden als Sonntagspredigt, müssen dieselben Politiker handeln, die ihn fordern: bessere Arbeitsbedingungen, mehr Menschen ausbilden, ältere Erwerbstätige länger im

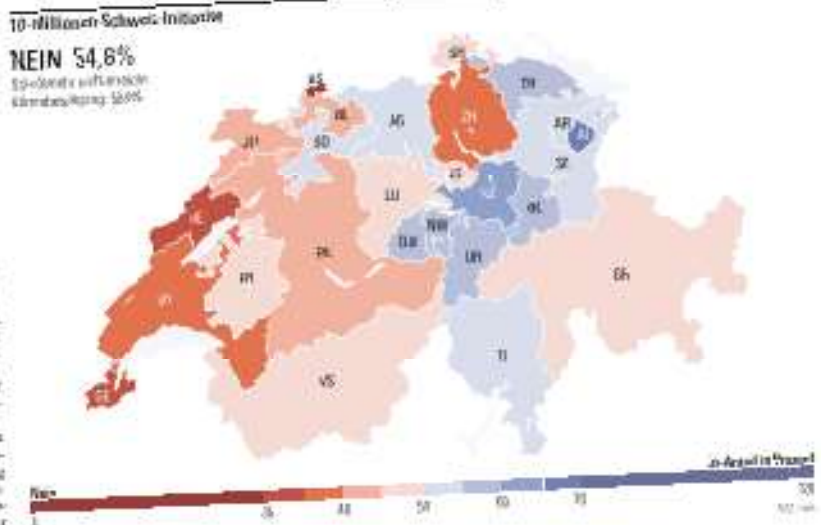
Arbeitsmarkt halten. Sonst bleibt der Inländerverrang eine hohle Polit-Phrase.  
**Auch bei der AHV kauft sich die Schweiz Zeit.** Immer länger leben, immer länger Rente beziehen und gleichzeitig jede Diskussion über das Rentennettabstürzen – das geht auf Dauer nicht auf. Die AHV war eine der grössten politischen Leistungen dieses Landes. Sie verdient mehr als Weiterwursteln auf Kosten der nächsten Generationen.  
Bald folgt die EU-Abstimmung. Sie stellt dieselben Fra-

gen wie die 10-Millionen-Initiative, nur mit höherem Einsatz. Wie viel Offenheit wollen wir? Wie viel Offenheit brauchen wir? Und welchen Preis sind wir bereit, für unseren Wohlstand zu zahlen?  
Bis dahin hat die Politik eine Gnadenfrist. Sie sollte sie besser nutzen als die Jahre zwischen Massenemigrations-Initiative und 10-Millionen-Initiative.  
**Wer den Wohlstand nur verwaltet, verspielt ihn früher oder später.**

## Streit um Zuwanderung geht weiter

Die 10-Millionen-Initiative der SVP scheidet klar, aber nun geht es um die neuen Abkommen mit der EU

Die 10-Millionen-Initiative der SVP scheidet klar, aber nun geht es um die neuen Abkommen mit der EU. Die 10-Millionen-Initiative der SVP scheidet klar, aber nun geht es um die neuen Abkommen mit der EU. Die 10-Millionen-Initiative der SVP scheidet klar, aber nun geht es um die neuen Abkommen mit der EU.



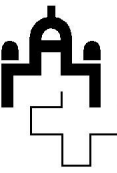
berung die Migration wieder EU-treuer in der heutigen Form kritisch beurteilt. Was soll die Personalauswahl sein, das vorliegende Paket nicht noch erkennen werden – was nicht gestützt wird, aber zumindest die Schweiz konsolidieren. Das ist eine Herausforderung, die die Schweiz stärker an der Arbeitsmarkt anknüpfen muss. In der EU werden Arbeitsplätze nicht so leicht zu finden sein, und nicht jeder für sich sorgen kann, der sich verweigert hat.  
Aber die Schweiz muss auch noch mehr tun. Sie muss einen Teil der Lasten für die Wirtschaft übernehmen, was nicht nur für Familien nachteilig ist.

Das zweite Ziel ist es, die Schweiz zu einem Land zu machen, das die EU-treuer in der heutigen Form kritisch beurteilt. Was soll die Personalauswahl sein, das vorliegende Paket nicht noch erkennen werden – was nicht gestützt wird, aber zumindest die Schweiz konsolidieren. Das ist eine Herausforderung, die die Schweiz stärker an der Arbeitsmarkt anknüpfen muss. In der EU werden Arbeitsplätze nicht so leicht zu finden sein, und nicht jeder für sich sorgen kann, der sich verweigert hat.  
Aber die Schweiz muss auch noch mehr tun. Sie muss einen Teil der Lasten für die Wirtschaft übernehmen, was nicht nur für Familien nachteilig ist.

Das dritte Ziel ist es, die Schweiz zu einem Land zu machen, das die EU-treuer in der heutigen Form kritisch beurteilt. Was soll die Personalauswahl sein, das vorliegende Paket nicht noch erkennen werden – was nicht gestützt wird, aber zumindest die Schweiz konsolidieren. Das ist eine Herausforderung, die die Schweiz stärker an der Arbeitsmarkt anknüpfen muss. In der EU werden Arbeitsplätze nicht so leicht zu finden sein, und nicht jeder für sich sorgen kann, der sich verweigert hat.  
Aber die Schweiz muss auch noch mehr tun. Sie muss einen Teil der Lasten für die Wirtschaft übernehmen, was nicht nur für Familien nachteilig ist.

**10-Millionen-Schweiz**  
SVP: Die Bevölkerung soll sich nicht mehr verdoppeln bis 2040.  
Ja/Nein: 54,8% Nein / 45,2% Ja





# Gleichzeitig schneidet die SVP bei kantonalen Wahlen so stark wie nie ab

Volkspartei erobert zwei Regierungssitze

## In den Kantonen ist die SVP eine Siegerpartei

Für die SVP ist es ein Sonntag mit zwei Gesichtern. National scheitert ihre 10-Millionen-Initiative. In den Kantonen hingegen kann die Partei bei Wahlen gleich mehrere Erfolge feiern.

Den grössten Triumph feiert sie in Graubünden. **Valérie Favre Accola (53) erobert einen Sitz in der fünfköpfigen Exekutive und beendet damit eine 18-jährige Durststrecke der Partei:** Seit 2008 war die SVP nicht mehr in der Kantonsregierung vertreten. Damals war ihre Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf (70) gegen den Willen der Partei in den Bundesrat gewählt worden. Die Folge waren Tur-

bulenzen, die am Ende zur Abspaltung der BDP führten.

Neu-Regierungsrätin Favre Accola ist eine erfahrene Politikerin. Sie präsidierte zuletzt den Grossen Rat – das Kantonsparlament – und amtierte als Vizepräsidentin von Da-

vos. **Sie ist mit Skilegende Paul Accola (59) verheiratet, der ebenfalls für die SVP politisierte.** Die dreifache Mutter gilt innerhalb der Partei als wirtschaftsliberal und wertkonservativ.

Der Erfolg in Graubünden beschränkt sich nicht auf die Regierung: Bei den Wahlen für den Grossen Rat legt die SVP massiv zu. Sie sichert sich zehn weitere Sitze und kommt neu auf 35 Mandate. Damit ist sie neu stärkste Kraft im Parlament.

Neben Graubünden

stand das Baselbiet im Fokus: SVP-Mann **Matthias Liechti (46) gewinnt die Ersatzwahl** für den Regierungsrat gegen den Grünen Philipp Schoch (53). Das Rennen blieb lange offen – am Ende setzte sich Liechti durch. Er verschafft der SVP die Rückkehr in die Baselbieter Regierung.

Vor drei Jahren hatte die Partei ihren Regierungssitz verloren, nachdem die damalige Kandidatin – Nationalrätin Sandra Sollberger (52) – viele Wähler ausserhalb der eigenen Partei nicht überzeugen konnte. **Mit Liechti setzte die SVP diesmal auf einen konsensorientierten Kandidaten. Die Strategie ging auf.**

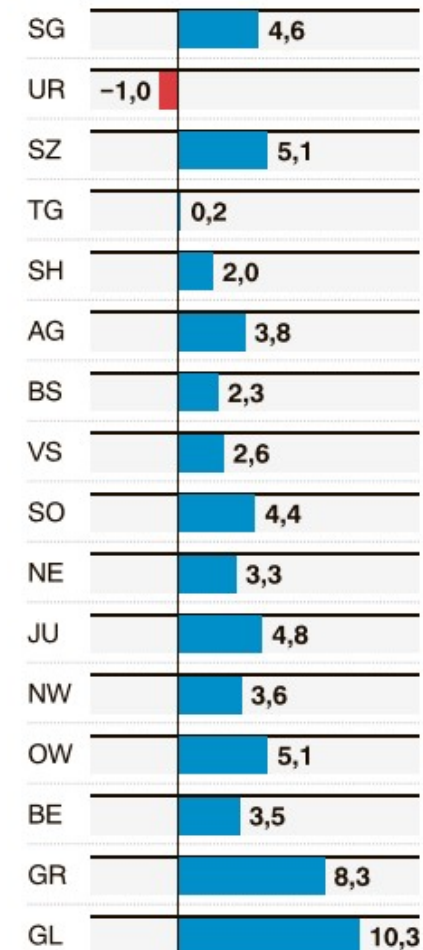
Zulegen kann die SVP schliesslich auch in Glarus. Bei den Wahlen des 60-köpfigen Landrats gewinnt die SVP sechs Sitze hinzu und kommt neu auf 24 Mandate.

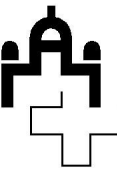
SVEN ALTERMATT



### Die SVP legt fast überall zu

Veränderungen der Wähleranteile bei den letzten kantonalen Wahlen in %





# Bei der Neutralitätsinitiative, über die am 27. Sept. abgestimmt wird, wollen die Medien der SVP eine Niederlage einreden

## Art. 54a Schweizerische Neutralität

- 1) Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.
- 2) Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.
- 3) Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.
- 4) Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.



## Die SVP steht vor der nächsten Niederlage

### Zustimmung zur «Neutralitäts-Initiative» aus SVP-Kreisen

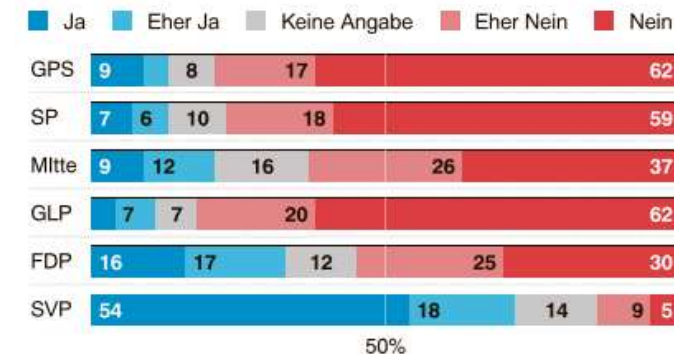
**Frage:** Im September entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung über die «Neutralitäts-Initiative» aus SVP-Kreisen. Diese will die «immerwährende und bewaffnete Neutralität» in der Verfassung verankern und wirtschaftliche Sanktionen wie aktuell gegen Russland verbieten.

#### Würden Sie diese annehmen?

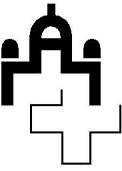
(Antworten in %)



(Zustimmung zur «Neutralitäts-Initiative» – nach Parteisympathie, Antworten in %)



Die Resultate basieren auf 26'205 Umfrageteilnehmenden  
 Umfragetage: 11. Juni – 14. Juni 2026  
 Stichproben-Fehlerbereich: +/- 1% Punkte, respektive +/- 3 – 5 % Punkte  
 Grafik: can / Quelle: LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia



# Über die Frage des Ständemehrs entscheidet der Ständerat wie ursprünglich geplant der Herbstsession 2026

## Ständerat ringt um Ständemehr

«Grobes Foulspiel»: Der Ständerat liefert sich ein Kompetenzgerangel um die EU-Verträge.

Karikälin

Flavia Wasserfallen moierte ein «grobes Foul». Die Berner SP-Ständerätin machte diese Aussage nicht zu später Stunde an einem Public Viewing, sondern nicht die gelbe Karte gegen Mitte-Politiker Daniel Fässler, noch bevor an der Fussball-WM eine Sekunde gespielt war. Aus Wasserfallens Sicht erlaubte sich der Ständesprecher von Appenzel Aargau folgende Unsportlichkeit: Er stellte einen Ordnungsantrag, eine parlamentarische Initiative der Staatspolitischen Kommission des Ständerats von der Traktandenliste zu streichen.

Fässler tat dies nicht, weil ihm der Inhalt des Vorstosses missfällt. Die Staatspolitische Kommission möchte nämlich, dass die EU-Verträge, über die das Volk voraussichtlich 2026 abstimmen wird, dem doppelten Mehr unterstellt werden. Damit würden die Hürden für eine Zustimmung nach oben geschraubt. Es bräuhete, so lehrt es die Erfahrung, ein Volksmehr von mindestens 55 Prozent für eine Annäherung an Brüssel.

Mitte-Politiker Fässler pochte vielmehr darauf, dass der massgebliche Entscheid schon gefallen sei. Der Grund: Auch die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hiess einem gleichlautenden Vorstoss zu. Fässler stützte sich bei seiner Argumentation auf ein Rechtsgutachten der Parlamentsdienste, deren Inhalt der Mehrheit des Plenums bis dato unbekannt war.

### Euroskritiker gegen Europafile

Das Fazit in Kurzform: Wenn beide Kommissionen eine parlamentarische Initiative abgeben, darf jene Kommission einen Gesetzesentwurf ausarbeiten, die den Vorschlag als erste eingereicht hat. Im vorliegenden Fall also die Staatspolitische Kommission. Das Büro des Nationalrats habe keine Kompetenz, von sich aus eine andere Zuweisung zu beschließen, sagte Fässler mit Verweis auf das geheime Rechtsgutachten. Mit 24 zu 20 Stimmen folgte ihm die kleine Kammer. Damit hat der Ständerat den National-



Erfolgreicher Ordnungsantrag: Mitte-Ständerat Daniel Fässler.

Ulrik Kapteina

rat fürs Erste ins Abseits gestellt. Er kann materiell nicht schon jetzt beschliessen, ob das Europafile dem obligatorischen oder nur dem fakultativen Referendum zu unterstellen sei.

Obligatorisch und fakultativ? Büro des Nationalrats: Zu-

weisen? Die Angelegenheit tönt technisch. Und sie ist es auch. Das institutionelle Tiki-Taka illustriert, mit welch harten Bandagen bei der Frage um das Ständemehr gerungen wird. Im Kern geht es um die Frage, ob die Weichen im Nationalrat von

einer eher europafremdlichen oder eher europaskeptischen Kommission vorgeparat werden. Dazu kommt ein Kompetenzstreit. Die ausserpolitische Kommission des Nationalrats sieht sich aufgrund eines Urteils des Ratsburos bei den

EU-Verträgen in einer Leadership-Rolle – auch beim Thema Ständemehr – als oder Nein. Wenig überraschend lehnte das europafremdliche Gremium die parlamentarische Initiative für das Ständemehr Anfang Juni mit 15 zu 9 Stimmen

### Kommentar

## Ein selten dreistes Manöver

Es ist eine krasse Missachtung der Entscheide und Zuständigkeiten der Gremien im Nationalrat.

Die Mehrheit des Ständerats hält es nicht für nötig, über eine parlamentarische Initiative der Staatspolitischen Kommission im Ratplenium zu diskutieren, welche die neuen EU-Verträge dem Ständemehr unterstellen und damit die Hürde für die Bilateralen III stark erhöhen will. Das Geschäft wurde am Donnerstag

abtraktantiert. Gerechtfertigt wird das Vorgehen erstens mit einer gebührenden rechtlichen Einschätzung der Parlamentsdienste, über die nicht mal alle Ratsmitglieder verfügen. Und zweitens mit dem Entscheid der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, welche die parlamentarische Initiative in einem Akt parlamentarischer Fraktion schon gutgeheissen hat. Das Büro des Nationalrats, das offizielle Legungsgremium der grossen Kammer, hatte nämlich die

ausserpolitische Kommission für zuständig erklärt, und diese lehnt die parlamentarische Initiative ab. Doch das ist dem Ständerat egal. Er beauftragt seine Staatspolitische Kommission, die Initiative nun in Gesetzesform zu giessen. Diskussionslos.

Damit verlegt die Ratsmehrheit eine Diskussion über die Schwächen der Initiative aber mal. Dass diese nicht nur den EU-Verträgen schadet, sondern auch andere Handelsverträge

in Mitleidenschaft zieht. Und dass sie die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Vertragspartnerin grundsätzlich infrage stellt. Am Ende könnte das Buebetrückt zum Eigentümer werden.

Praktisch wird das Eidgenössische Parlament unabhängig vom Kompetenzcheck entscheiden, ob es für die EU-Verträge ein Kantonsmehr braucht oder nicht. Der Bundesrat sieht keine Verhandlungsgrundlage für das Ständemehr bei der EU-Abstimmung. Ansonsten Minister Ignazio Cassis lässt durchblicken, dass bei diesem Thema auch taktische Überlegungen eine Rolle spielen.

Stefan Bühler  
stefan.buehler@redia.ch

## EU-Showdown kurz vor 10-Millionen-Urnengang

Ständerat (Die kleine Kammer sorgt mit einem Votum zu den Bilateralen III für Wirbel.

Die parlamentarische Initiative der Staatspolitischen Kommission des Ständerats über die Unterwerfung der EU-Verträge ist im Ständerat zu den Bilateralen III für Wirbel. Die parlamentarische Initiative der Staatspolitischen Kommission des Ständerats über die Unterwerfung der EU-Verträge ist im Ständerat zu den Bilateralen III für Wirbel.

## Befürworter der EU-Verträge erzwingen Entscheide

Die Frage des Ständemehrs verlangt in beiden Kammern eine frühe Positionierung

MATTHIAS VONETZ, BERN

Plötzlich geht alles viel schneller ab als erwartet, und so geht im Parlament nun einiges in Bewegung. Am Donnerstag wird der Ständerat erstmals über die Frage diskutiert, ob die neuen EU-Verträge bei einer Volksabstimmung dem einfachen oder dem doppelten Mehr von Volk und Ständen unterstellt werden sollen. Eigentlich wollte er erst in der Herbstsession über das Vertragspaket und die damit verbundenen Fragen debattieren. Nun dürfte sich auch dem Stände- auch noch der Nationalrat in der laufenden Sommersession ein bis zwei Mal positionieren. Das sorgt zwischen den politischen Lagern für Unruhe.



Europäische und europafremde Politiker ziehen aus derselben Verfassung unterschiedliche Schlüsse.

Vermehrt kam nun sagen: Die Befürworter der Verträge tendieren deshalb zu einer Abstimmung mit einfachem Mehr, die Gegner zum Gegenteil. Für die Mitte sind die FDP die Parteien im politischen Zentrum, ist die Positionierung deshalb besonders heikel. Sie unterstützen die Verträge zwar mahnend, doch in beiden Parteien gibt es namhafte Minderheiten, die skeptisch oder entschieden dagegen sind. Die Führungsräte der beiden Parteien sind deshalb bei jeder Abstimmung abzuwägen, wie sehr sie einem Parteiführer entgegenkommen kann, ohne den anderen zu breiknären. Entsprechend wichtig kommunizieren sie derzeit.

Yvonne Burgin, Fraktionschefin der Mitte-Partei, sagt, man müsse die Demokratie stärken. Auch Susanne Wenger, Staatsrätin, die Co-Präsidentin der FDP, will diese Frage erst mit ihrer Fraktion diskutieren. Abseits der Öffentlichkeit oder unmittelbar der ersten Führungsräte agiert man dann am liebsten.

Samstagabend verknüpfen, doch eine Diskussion über die rechtlichen Voraussetzungen für eine Abstimmung mit Ständemehr befindet sich in einer Phase der Bundesverfassung. Interessant ist, dass die FDP immer auch von einer Kommission des Nationalrats vorgelesen werden hier fallen ihre Vorstände, die die Auslegung eines Geschäfts beauftragen können. Im Nationalrat besprochen allerdings gleich zwei Kommissionen das Recht zur Vorbereitung ist sich Bräutigam ist das, weil das so nicht vorgehen ist. Ende setzen sich die Gegner des Ständemehrs mit unmisslichen Mitteln durch.

Diese Vorgehensweise führt nun dazu, dass das Parlament sich früher positionieren muss als geplant. Eine Kurzarbeit unter inoffiziellen Parlamentarier im politischen Zentrum ergibt

dem eine der politischen Konstanten. «Der aktuelle Vorschlag ist rechtlich richtig und der angemessene Weg.» Am Donnerstag könnte eine knappe Mehrheit der Ständeräte der Argumentation von Rieder und Burkart folgen und sich somit für das Ständemehr aussprechen. Eine Woche später dürfte aber der Nationalrat über dieselbe Vorlage diskutieren, und hier ist die Ausgangslage noch einmal komplexer.

### «A-chill arg schlaamerische»

Rieder lassen sich die Befürworter des Ständemehrs im Nationalrat von der Argumentation ihrer Mitstreiter aus der kleinen Kammer höchstem teilweise überzeugen. Ende Mai empfahl die europaskeptische Staatspolitische Kommission des Ständerats per Brief, neben dem aktuellen Vorstoss für das Ständemehr auch eine bereits bekannte Variante erneut zu prüfen. Geht es um das sogenannte Referendum «oui generis». Hinter diesem Begriff steht die These, dass das Parlament besonders wichtige Staatsverträge mit einer Abstimmung mit doppeltem Mehr unterstellen kann, obwohl die Verfassung dies nicht verbietet.

Einer der Nationalräte, die für das Referendum zu gunsten plädieren, ist der Zuger Mitte-Politiker Gerhard Pfister. Die Idee der Ständemehr dürfte ihm bis zu einem schweren Ständemehr in der grossen Kammer haben. Oben sei es «a-chill arg schlaamerische» Wort kritisiert er, dass die Ständemehr die Schubert-Praxis in der Verfassung verankern wollen. Dadurch würden sie zu Angriffspunkten der Vorlage unnötig vergrössern.

Neben Pfister hegen auch weitere Befürworter des Ständemehrs entsprechende Bedenken. Das ist ein weiteres Hindernis für den aktuellen Vorstoss. Aber nicht das einzige. Sollte der Ständerat der Vorlage zustimmen, der Nationalrat sei aber zuzuhören, wäre die Idee vorerst vom Tisch. Im Herbst würde das Parlament dann statt über zwei Vorschläge zum Ständemehr nur noch über die Referendumsgestaltung entscheiden. Das wiederum würde dem sogenannten «Zu-wandlungsparade» in der Bundesversammlung, die die Ständemehrübergang 2014 knapp gescheitert hat. Der Bundesrat und die Befürworter der Verträge halten dies jeweils entgegen, die erwartete Zunahme der Zuwanderung sei ebenso gering, dass hier kein Widerspruch gegeben sei. Für Burkart ist das jedoch keine Frage der Quantität, sondern

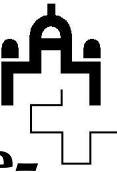
Einzig ist man sich darin, dass ein Entscheid knapp ausfallen dürfte. Lineage bleibt mass in der Frage, wie das Ständemehr geschäftlich werden soll.

### Ständerat könnte zuzustimmen

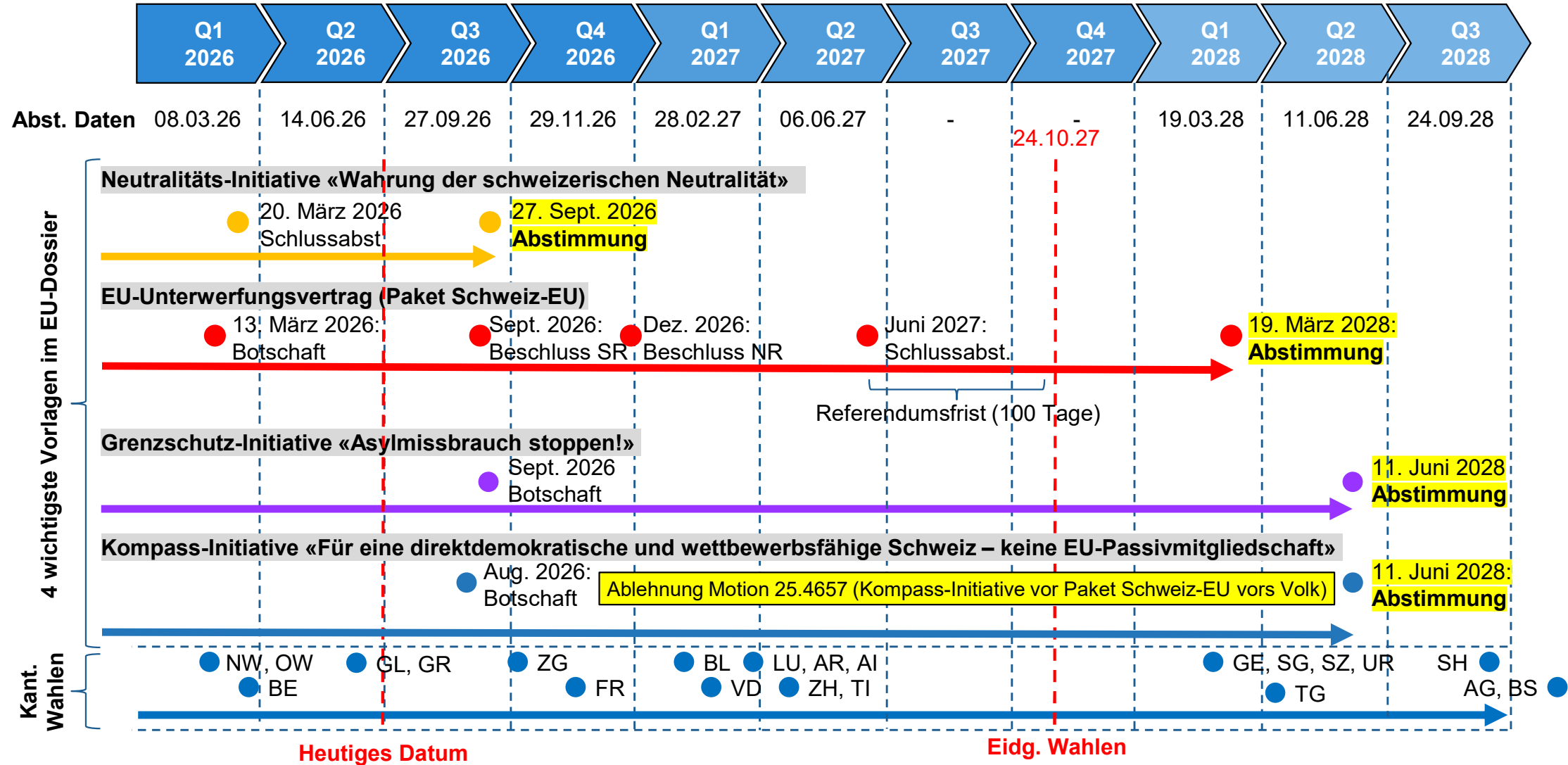
Sicher scheint, die SP dürfte den neuen Vorstoss für das Ständemehr entgegenzunehmen. SP-Gegner und GLP sind ebenso geschlossen dagegen. Interessant wird es bei der Mitte-Partei und der FDP. Teilweise entzweit diese Frage sogar politische Diskursen.

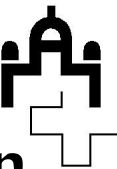
Bereits im Frühjahr erklärte Rieder in einem Interview mit der NZZ, die dynamische Rechtsübernahme in den neuen EU-Verträgen könnte die Bundesgesetzgebung «punktuelle» anhebeln. Wer das verhindern wolle, müsse das so in der Verfassung festlegen. Gestern hat statt der aktuelle Vorschlag zum Ständemehr ein Wechsel der Rechtsübernahme in den neuen EU-Verträgen wurde die Person freigelegt ausgewertet. Der Widerspruch jedoch dem sogenannten «Zu-wandlungsparade» in der Bundesversammlung, die die Ständemehrübergang 2014 knapp gescheitert hat. Der Bundesrat und die Befürworter der Verträge halten dies jeweils entgegen, die erwartete Zunahme der Zuwanderung sei ebenso gering, dass hier kein Widerspruch gegeben sei. Für Burkart ist das jedoch keine Frage der Quantität, sondern

einmalig. Die parlamentarische Initiative der Staatspolitischen Kommission des Ständerats über die Unterwerfung der EU-Verträge ist im Ständerat zu den Bilateralen III für Wirbel. Die parlamentarische Initiative der Staatspolitischen Kommission des Ständerats über die Unterwerfung der EU-Verträge ist im Ständerat zu den Bilateralen III für Wirbel.



# Die anderen Parteien wollen den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt noch vor den eidgenössischen Wahlen an die Urne bringen





Statt beim Asyl oder der Entwicklungszusammenarbeit zu sparen, soll für die 13. AHV-Rente die MwSt. um 0,4% erhöht werden

# Das Volk soll höhere Steuern für die AHV bezahlen

# 13. AHV-Rente wird höchstens zur Hälfte finanziert

Nach einer Volte der GLP unterstützt der Nationalrat Mehreinnahmen für die 13. AHV-Rente

FABIAN SCHÜRER 2 Blick | Donnerstag | 18. Juni 2026

Das Parlament will nichts wissen von zusätzlichen Lohnbeiträgen – das letzte Wort hat das Volk

## Höhere Mehrwertsteuer soll 13. AHV-Rente sichern

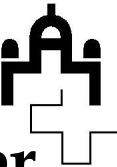
Üblich Drama: Wenn immer i...  
Forma des gröss...  
Abschluss ste...  
angeheuer Konj...  
Auf dem Progr...  
nung der 13. A...  
vor zwei Jahre...  
monatlangem...  
pegel allzeit i...  
Gelegenheit für...  
falls drohte der...  
In der Einigung...  
eine Allianz aus...  
durchgesetzt, die...  
Mehrwertsteuer...  
rat. Sie wollte die...  
die Lohnbeiträge...  
2,5 Milliarden Fran

**D**er Showdown um die Finanzierung der 13. AHV-Rente ist entschieden. Der Nationalrat will nur die Mehrwertsteuer erhöhen, zusätzliche Lohnbeiträge wickeln er vom Tisch. Die Entscheide fielen mit 104 zu 87 Stimmen für die Mehrwertsteuer und mit 98 zu 96 Stimmen gegen Lohnbeiträge.  
Ausschlaggebend für den neuen AHV-Deal war die GLP. Diese hat sich stets für eine befristete Mehrwertsteuererhöhung eingesetzt und hat nun in letzter Minute Umst zu einem Kompromiss. Sie zeigte sich bereit, auch eine unbefristete Erhöhung zu akzeptieren. «Wir wollen eine Brücke schlagen», so GLP-Nationalrät Patrick Vissig (47).  
«Die Finanzierung der 13. AHV-Rente darf nicht auf dem Rücken der Erwerbstätigen erfolgen», lehnte seine Partei zusätzliche Lohnbeiträge ab. Die Mehrwertsteuer

chen. Mitte, SP und Grüne setzen sich demselben wie bis anhin für die Kombivariante ein.  
Gerecht hat es nun für die Mehrwertsteuer got. Ab 2028 soll die ordentliche Mehrwertsteuer unbefristet um 0,4 Prozentpunkte erhöht werden, zentralpunkte erhöht werden, der Mehrwertsteuersatz um 0,2 Prozentpunkte und der reduzierte Satz für Nahrungsmittel gar nicht.  
Der normale Mehrwertsteuersatz steigt, damit von heute 8,1 auf nun 8,5 Prozent. Damit werden, im Mittel, 1,4 Milliarden Franken zusätzlich in die AHV-Kasse fliessen. Verteilt auf die rund 4 Millionen Privathaushalte in der Schweiz würden also je gut 350 Franken pro Jahr fällig. Wo bei Einzelhaushalte sind und wo tagelöhnerische Mehrpersonenhaushalte sind, Bestverdienende. Am Freitag muss die Mehrwertsteuererhöhung noch in beiden Räten die Schlussabstimmung überstehen. Eine Formsache. Damit dürfte das



oll steigen, reisst  
end kommt es  
gang, bei dem  
s- als auch das  
rderlich sind.  
die 13. AHV-  
r Hälfte finan-  
gar nicht.  
ten brauchen  
e Zusatzrente  
rd ab Dezem-  
nehin ausbe-  
Volk vor zwei  
Die entspre-  
ssen aus dem  
ngt die Zu-  
dürfte dieser  
29 rote Zah-  
Seite 2



# Das Parlament will das Neubauverbot für Kernkraftwerke wieder aus dem Gesetz streichen; im Februar 2027 entscheidet das Volk

Freitag, 19. Juni 2026

Schweiz  
Neue Zürcher Zeitung

## Kehrtwende beim AKW-Verbot

Der Nationalrat unterstützt Bundesrat Rösli nun doch und spricht sich für den Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative

MATTHIAS VEITZ, BEHN

Der Entscheid fiel sehr knapp und wenigstens für das Generalkonkordat der Grünliberalen auch ausserst unerwartet aus. Kurz nach der Abstimmung im Nationalrat versandte die Partei eine Mitteilung und schrieb, man sei erleichtert über dieses klare Signal. Doch von Klarheit und Erleichterung kann keine Rede sein, die GLP hat offensichtlich das falsche Communiqué verschickt. In Tat und Wahrheit hat sie verloren.

Mit gerade einmal 100 zu 98 Stimmen hat sich der Nationalrat am Donnerstag für den Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative ausgesprochen. Er folgt damit dem Ständerat und dem Vorschlag von Energieminister Albert Rösli. Sein Gegenvorschlag sieht vor, die wichtigste Forderung der Blackout-Initiative umzusetzen: die Aufhebung des AKW-Verbots.

Anfang Woche hatte sich der Nationalrat nach einer mehrtägigen Debatte noch anders entschieden. Am Montag stimmten 100 Nationalräte für die Rückweisung des Gegenvorschlags an den Bundesrat. Sie verlangten, dass Bundesrat Rösli erst die Finanzierung neuer AKW klären sollte. 97 Nationalräte waren gegen die Rückweisung, und 2 enthielten sich. Nun haben sich die Mehrheitsverhältnisse umgekehrt, und auch Enthaltungen gab es keine mehr. Dafür aber turbulente Szenen im Nationalratssaal. Vor allem die unterlegene Ratsfraktion fragte sich nun: Was genau ist hier bitte passiert?

### Ein Manöver für die Zweifler

Die SVP und die FDP haben sich bereits früh für die Aufhebung des AKW-Verbots ausgesprochen. Sozialdemokraten, vor allem aber Grüne und Grünliberale haben sich ebenso deutlich davon distanziert. Für viele Vertreter dieser Parteien ist der Kampf gegen AKW ein Kernanliegen, und so kündigten sie bereits Monate vor der entscheidenden Abstimmung an, im Falle einer Niederlage das Referendum zu ergreifen.

In der Mitte-Partei hingegen war die Ausgangslage von Anfang an komplizierter. Sie hatte den Atomstopp 2017 überhaupt erst möglich gemacht. Nun aber war man sich innerhalb der Partei uneins, wie es mit der Energiepolitik weitergehen soll. Im Frühling nahm der Ständerat den Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative an. Die Mehrheit der Mitte-Ständeräte hatte sich auf die Seite der FDP und der SVP geschlagen. Im Nationalrat dominieren in der Fraktion hingegen AKW-Gegner und -Skeptiker.



Möglicherweise wird das AKW Leibstadt dereinst als jüngstes Kernkraftwerk in der Schweiz gelten.

Es waren Finanzpolitiker aus der Mitte-Fraktion, die den Ständerat vergeblich dazu aufforderten, frühzeitig einen Bericht über die Finanzierung neuer AKW in Auftrag zu geben. Sie blieben ab. Derweil ausserte eine Handvoll Mitte-Nationalräte Sympathien für den Gegenvorschlag. Von einigen weiteren hiess es gerüchtelt, dass sie sich möglicherweise noch umschwenken könnten.

Am Montag ergab sich daraus folgende Gemengelage: Grüne, Grünliberale und Sozialdemokraten stimmten geschlossen für einen Antrag der Mitte-Nationalrätin Piriska Wiener-Feldner. Sie wollte den Gegenvorschlag definitiv an den Bundesrat zurückweisen. Die FDP und die SVP waren fast geschlossen dagegen. Enthaltungen haben sich die freisinnige Waadtländer Nationalrätin Jacqueline de Quattro und der Genfer Nationalrat Daniel Sormanni, der zwar Teil der SVP-Fraktion ist, aber zum Movement Citizens Geneva (MCG) gehört. So kam am Montag eine Mehrheit gegen die Pläne des Bundesrates zustande.

Tags darauf beschloss der Ständerat mit den Stimmen der meisten Mitglieder die Rückweisung der Rückwei-

sung. Weil die Ständeräte für die Beibehaltung des AKW-Verbots aber eine Mehrheit im Nationalrat hatten, lancierten sie ein Manöver: In Bundesrats für Energie soll bis 1 Jahr einen Bericht über die Finanzierung neuer AKW vorlegen. Dies, so den Ständeräte, könnte einige Zähler im Nationalrat dazu bringen, den Gegenvorschlag vorwärtszumachen. Ihn nicht an den Bundesrat zurückzuweisen. Viele antworteten, einige wenige würden sich möglicherweise noch umschwenken.

Viel Betrieb in der Wandelhalle. Gleich hinter dem Nationalratssaal liegt die Wandelhalle, die auf Französisch «salle des pas perdus», also Sieder verlorenen Schritte, genannt wird. Die verlorenen Schritte beziehen sich dabei auf die manchmal vergeblichen Bemühungen von Lobbyisten, Einfluss auf das Parlament zu erlangen. Tatsächlich herrschte hier jüngst ein reger Betrieb, offenbar waren aber nicht alle Bemühungen vergeblich.

Die Nationalräte de Quattro und Sormanni enthielten sich am Donner-



Übersetzungsglossar: in der Schweiz: SVP = Schweizerische Volkspartei, FDP = Freidemokratische Partei, GLP = Grüne Liberale Partei, MCG = Movement Citizens Geneva.

## Drei Ratsmitglieder änderten ihre Meinung innert dreier Tage

Doch neue Atomkraftwerke? Weil sie plötzlich zum Bundesrat Rösli's Linie stimmten, sorgten drei Volkstretter gestern für eine überraschende Wende im Nationalrat.

SVP-Fraktion... Die Nationalrätin Piriska Wiener-Feldner... Die Nationalrätin Jacqueline de Quattro... Die Nationalrätin Daniel Sormanni...

Nach der Abstimmung... Auch Magdalena... Die Nationalrätin... Die Nationalrätin...

2 Blick | Freitag | 19. Juni 2026

Das Parlament will den Bau neuer Atomkraftwerke ermöglichen – das letzte Wort hat das Volk

## Strahlkräftige SVP trimmt Nationalrat auf AKW-Kurs

TOBIAS BRUGMANN, CÉLINE ZAHN



Die SVP-Fraktion hat sich für die Aufhebung des AKW-Verbots ausgesprochen.

und möchte das auch bleiben. Die Fraktion möchte er trotzdem nicht wechseln. Das Vorgehen der SVP-Vertreter sorgt für scharfe Kritik im Parlament. «Das ist verfassungs-widrig und demokratiepolitisch äusserst problematisch», sagt Grünen-Nationalrätin Sibel Arslan (45). «Während Abstimmungen darf niemand zu einer bestimmten Haltung gedrängt werden.»

Was die SVP-Vertreter zu Sormanni gesagt haben, hat Arslan nicht gehört. Dennoch sagt sie: «Daniel Sormanni war indes nicht der Einzige, der seine Meinung änderte. Auch FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro (65) hatte sich am Montag noch enthalten, gestern lehnte sie die Rückweisung ab. Ihr Sinneswandel sei jedoch das Resultat eines Gesprächs mit Bundesrat Albert Rösli im Bundeshaus gewesen: «Er hat mir versichert, dass bis Ende Jahr ein Bericht für die

hat sich bei der Frage der Aufhebung des Neubauverbots wiederholt nicht überzeugt. Während der Debatte redon dann verschiedene SVP-Politiker auf ihn ein, anschliessend stimmt er plötzlich anders, nämlich dafür. Da kann man eins und eins zusammenzählen.»

Auch Mitte-Fraktionspräsidentin Yvonne Bürgin (55) hält das Vorgehen der SVP für «staatspolitisch bedenklich». Es sei zwar absolut legitim, dass eine Fraktion eine Abstimmungsempfehlung abgibt. «Aber am Ende wird ohne Zwang und Weisung abgestimmt», betont Bürgin. «Bei der SVP hat das anders ausgesehen.»

SVP-Fraktionspräsident Aeschi will zur Aktion im Ratsaal nichts sagen. «Kein Kommentar» heisst es nur. So oder so darf er sich zu den Siegern zählen: Das Prestigeprojekt seines Bundesrates ist gerettet. Vorerst: Das letzte Wort wird das Volk haben.

Sormanni war indes nicht der Einzige, der seine Meinung änderte. Auch FDP-Nationalrätin Jacqueline de Quattro (65) hatte sich am Montag noch enthalten, gestern lehnte sie die Rückweisung ab. Ihr Sinneswandel sei jedoch das Resultat eines Gesprächs mit Bundesrat Albert Rösli im Bundeshaus gewesen: «Er hat mir versichert, dass bis Ende Jahr ein Bericht für die



Auch Magdalena... Die Nationalrätin... Die Nationalrätin...



Thomas Aeschi (li.) redete noch während der Debatte auf Daniel Sormanni ein – mit Erfolg. Dieser änderte sein Stimmverhalten.

Finanzierung der neuen Atomkraftwerke vorliegen wird. «Was sie in der Volksabstimmung einlegen wird, sei deshalb offen. «Es hängt davon ab, woher der Bund das Geld nimmt. Wichtig ist, dass es nicht auf Kosten der erneuerbaren Energien geht. Wir brauchen alle Energiequellen.»

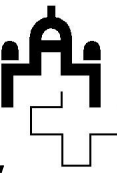
Schon kurz nach der Debatte tauchten Gerüchte auf, dass es auch auf die FDP-Nationalrätin massiven Druck gewesen. Es sei gar mit dem Parteiausschluss ge-

droht worden. De Quattro weist das entschieden zurück. «Ich lasse mich von niemandem unter Druck setzen. Meine Partei kennt und respektiert meine

Position. Wir sind eine liberale Partei, die unterschiedliche Meinungen zulässt.» Mitte-Nationalrat Vincent Maître (45) war einst ebenfalls für den Rückweisantrag aus den Reihen seiner eigenen Partei und nun dagegen. Christian Lohr (64) fehlte entscheidend, am Montag war auch er für eine Rückweisung.

Das Lobbying der SVP – hinter verschlossenen Türen oder direkt am Rednerpult – hat gestern gefruchtet.

## Das Vorgehen der SVP-Vertreter sorgt für scharfe Kritik im Parlament



# Parlament fordert Verletzung des Personenfreizügigkeitsabkommens: EU-Bürger sollen vor Einreise Vorstrafen offenlegen müssen

- Mittels zweier Motionen (26.3130; 26.3229) verlangte die SVP vor Erteilung von Einreise- oder Aufenthaltsbewilligungen Strafregisterauszüge aus Herkunfts- und Heimatstaaten einzuholen, um Sicherheitsrisiken besser zu erkennen.
- Diese Forderung wurde vom Nationalrat mit 121 (66 SVP) zu 71 Stimmen bei 4 Enthaltungen und vom Ständerat mit 26 zu 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.
- Damit ist der Auftrag an den Bundesrat erteilt.

## EU-Bürger sollen Vorstrafen offenlegen

*Das Parlament reagiert auf den Mafia-Fall von Roveredo und die Brandkatastrophe von Crans-Montana*

ANDRI ROSTETTER

Vorbestrafte Bürger aus EU- und Efta-Staaten können heute in der Schweiz problemlos eine Aufenthaltsbewilligung beantragen. Dass sie diese sogar bekommen, wenn sie für das organisierte Verbrechen arbeiten, zeigte der Fall Roveredo. Im Februar wurde bekannt, dass vier Personen mit Verbindungen zur Camorra und 'Ndrangheta über eine Aufenthaltsbewilligung des Kantons Graubünden verfügten und seit Jahren im Misox wohnten. Ein 52-jähriger Italiener, der zu dieser Gruppe gehörte, hatte die Bewilligung trotz Vorstrafen bekommen.

Der Kriminelle profitierte von einer Regel im Freizügigkeitsabkommen (FZA), das es seit 2002 zwischen der Schweiz und der EU gibt. Ein Kanton darf von EU- und Efta-Bürgern nur dann einen Strafregisterauszug verlangen, wenn er klare Anhaltspunkte dafür hat, dass die betreffende Person eine Gefahr für die öffentliche Ordnung sein könnte.

Das Parlament will diese Regel nun mit einem eigenen Gesetz umgehen. Die Kantone sollen künftig von EU- und Efta-Bürgern, die ein Gesuch für

eine Aufenthaltsbewilligung stellen, systematisch einen Strafregisterauszug verlangen. Der Ständerat hat am Mittwoch einer entsprechenden Motion von Marco Chiesa (SVP) zugestimmt. Der Nationalrat hatte bereits am Dienstag eine gleichlautende Motion der SVP-Fraktion angenommen.

### Tessin handelt in Eigenregie

Die SVP nimmt im Vorstoss explizit auch Bezug auf die Brandkatastrophe in Crans-Montana. Jacques Moretti, der Besitzer der Bar «Le Constellation», in der 41 Personen ums Leben kamen, hatte in der Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, obwohl er in Frankreich zu einem Jahr Gefängnis wegen Anstiftung zu Prostitution verurteilt worden war.

Crans-Montana und Roveredo haben diese Debatte allerdings nicht ausgelöst, sondern nur beschleunigt. Denn das Thema steht seit über einem Jahrzehnt auf der Traktandenliste des Parlaments. Der Kanton Tessin hat bereits 2015 zwei Standesinitiativen eingereicht, die genau das forderten, was die Räte nun beschlossen haben. Beide Vorstösse sind noch hängig. Das Tessin wartete

allerdings nicht auf das Parlament. Seit 2015 verlangen die kantonalen Migrationsbehörden in Bellinzona als einzige in der Schweiz systematisch Strafregisterauszüge von EU- und Efta-Bürgern, die ein Aufenthaltsgesuch stellen.

Mit dem Entscheid des Parlaments gerät der Bundesrat unter Zugzwang. Er muss gegen seinen Willen ein Gesetz vorlegen, das einem zentralen Abkommen mit der EU zumindest in einem Punkt zuwiderläuft. Justizminister Beat Jans wehrte sich am Mittwoch entsprechend gegen die Motion. Bei den Vorgaben des FZA handle es sich um «bewährte Bestimmungen», sagte er im Ständerat. Die Kantone sollten weiterhin im Einzelfall entscheiden, wann es sinnvoll sei, einen Strafregisterauszug einzufordern.

### Wie reagiert Brüssel?

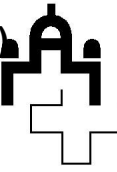
In seiner schriftlichen Stellungnahme im Mai wies der Bundesrat darauf hin, dass die kantonalen Migrationsbehörden schon heute bei Verdachtsmomenten konsequent einen Strafregisterauszug verlangten. Forderten die Behörden die Auszüge systematisch ein, würde dies den Bearbeitungsaufwand vergrös-

sern, was sich wiederum auf die Verfahrensdauer auswirkte.

Bern wird nun genau beobachten, wie Brüssel auf den Parlamentsentscheid reagiert. Die EU-Kommission hat die Tessiner Praxis schon seit Jahren im Visier. Bislang beschränkte sich Brüssel jedoch auf ritualisierte Ermahnungen im gemischten Ausschuss, in dem die Schweiz und die EU einmal jährlich Fragen zum Freizügigkeitsabkommen diskutieren. Eine Neuverhandlung des FZA zu diesem Punkt hat der Bundesrat bereits ausgeschlossen.

Die Kantone dürften einer solchen Lösung dagegen offen gegenüberstehen, wie Florian Düblin, Generalsekretär der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, auf Anfrage sagt. «Wir begrüßen es, wenn der kantonale Handlungsspielraum bei der Kriminalitätsbekämpfung erweitert wird.»

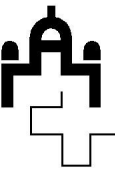
Noch ist der Entscheid des Parlaments nicht definitiv. Da es sich um zwei unabhängige Motionen handelt, müssen beide noch von der jeweils anderen Kammer behandelt werden. Änderungen sind damit noch möglich, aber nach der deutlichen Zustimmung beider Räte wenig wahrscheinlich.



# Neu sollen allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge (GAV) Vorrang vor kantonalen Mindestlöhnen haben

- Das Parlament hat entschieden, dass allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge (GAV) künftig Vorrang vor kantonalen Mindestlöhnen haben. Gleichzeitig wurden gezielte Garantien eingebaut: Genf und Neuenburg können ihre bestehende Regelung beibehalten, wonach der kantonale Mindestlohn Vorrang hat, während andere Kantone wie der Jura nicht betroffen sind, da dort die GAV bereits heute Vorrang geniessen. Zudem wurde klargestellt, dass keine Löhne unter das heutige Mindestniveau gesenkt werden dürfen.
- In der Schlussabstimmung stimmte der Nationalrat der Vorlage mit 115 zu 78 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu, der Ständerat mit 23 zu 16 Stimmen und 5 Enthaltungen.
- Der Schweizerische Gewerkschaftsbund argumentiert, dass Mindestlöhne eine Erfolgsgeschichte sind. Deshalb hat der SGB das Referendum gegen die Vorlage ergriffen. Die Abstimmung findet voraussichtlich am 28. Februar 2027 statt.





# Parlament empfiehlt die freiheitsfeindliche Feuerwerk-Initiative zur Ablehnung

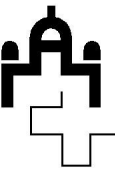
- Die Feuerwerksinitiative (24.080) fordert, ein schweizweites Verbot lauter Feuerwerkskörper in der Bundesverfassung zu verankern.
- Die SVP lehnt die Initiative klar ab, da sie unnötig in Traditionen, Freiheitsrechte und die Gemeindeautonomie eingreift. Bereits heute verfügen die Gemeinden über ausreichende Instrumente, um bei Bedarf Einschränkungen zu erlassen, etwa aus Gründen des Brand- oder Tierschutzes.
- In der Sommersession 2026 hat das Parlament die Beratungen zur Volksinitiative abgeschlossen. In den Schlussabstimmungen beschlossen der Ständerat mit 40 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung und der Nationalrat mit 131 zu 50 Stimmen (66 SVP) bei 18 Enthaltungen, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

## Art. 74a Feuerwerk

<sup>1</sup> Der Verkauf und die Verwendung von Feuerwerkskörpern, die Lärm erzeugen, sind verboten.

<sup>2</sup> Für Anlässe von überregionaler Bedeutung kann die zuständige kantonale Behörde auf Gesuch hin Ausnahmegewilligungen vom Verbot nach Absatz 1 erteilen.

<sup>3</sup> Für den Vollzug der Vorschriften sind die Kantone zuständig, soweit das Gesetz ihn nicht dem Bund vorbehält.  
Übergangsbestimmung: Die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 74a treten spätestens zwei Jahre nach dessen Annahme durch Volk und Stände in Kraft.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/24): Steuern und Abgaben

**Heiratsstrafe  
abschaffen ohne  
traditionelle  
Familien zu  
bestrafen**

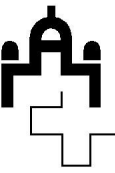
- Mit der Initiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» (25.018) schlägt die Mitte-Partei eine Alternative zur Individualbesteuerung vor, bei der die Heiratsstrafe ebenfalls abgeschafft, die Ehepartner jedoch weiterhin gemeinsam besteuert würden. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat die Initiative mit 24 zu 21 Stimmen abgelehnt. Nun entscheiden – voraussichtlich am 29. November 2026 – Volk und Stände.

**Keine  
Weiterführung  
des MwSt-  
Sondersatzes für  
die Hotellerie**

- Der reduzierte Mehrwertsteuer-Sondersatz auf Beherbergungsleistungen beträgt heute 3.8% (statt 8.1%). Dieser hätte um acht Jahre bis Ende 2035 verlängert werden sollen (26.026). Seit 1996 ist dieser Satz bereits sechsmal verlängert worden. Mit 105 zu 75 Stimmen beschloss der Nationalrat, nicht auf die Vorlage einzutreten. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

**Kein Abzug der  
Kosten für die  
obligatorische  
Kranken-  
versicherung**

- Die Motion (24.4479) von SVP-Fraktionsmitglied Lorenzo Quadri (Lega/TI) verlangt, dass die Kosten der obligatorischen Krankenversicherung – namentlich Prämien und Kostenbeteiligungen – bei der direkten Bundessteuer vollständig zum Abzug zugelassen werden. Ziel ist es, die finanzielle Belastung der Haushalte und insbesondere des Mittelstands angesichts der stetig steigenden Krankenkassenprämien zu mindern. Der Nationalrat hat den Vorstoss jedoch trotz geschlossener Unterstützung der SVP mit 94 zu 92 Stimmen abgelehnt; damit ist das Geschäft erledigt.



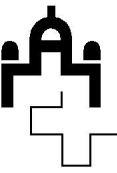
## Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/24):

### Wirtschaft I

Doch keine  
Flexibilisierung  
der Ladenöff-  
nungszeiten?

Stärkung des  
Produktions- und  
Forschungs-  
standorts  
Schweiz

- Ein Umsetzungsentwurf (23.325), hervorgegangen aus einer Zürcher Standesinitiative, bezweckt, den Kantonen auf Wunsch zu erlauben, im Detailhandel bis zu zwölf Sonntagsöffnungen pro Jahr zu bewilligen – anstelle der heutigen vier. Die SVP hat dieses Vorhaben im Rahmen der Vernehmlassung unterstützt. Nachdem der Nationalrat der Vorlage zugestimmt hat, ist der Ständerat nun mit 22 zu 21 Stimmen bei einer Enthaltung nicht auf die Vorlage eingetreten; den Ausschlag gab der Stichentscheid des Präsidenten. Das Geschäft geht nun zurück in den Nationalrat.
- Die Motion (25.4265) verlangt Massnahmen zur Stärkung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz, insbesondere im Bereich steuerlicher Instrumente wie zusätzliche Abzüge auf Produktionskosten oder gezielte Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung. Hintergrund sind der zunehmende internationale Wettbewerbsdruck sowie die Frage, wie die Schweiz für exportorientierte Unternehmen attraktiv bleiben kann. Der Ständerat hat den Vorstoss bereits in der Wintersession 2025 angenommen. Der Nationalrat nahm die Motion mit 98 (62 SVP) zu 87 Stimmen bei 1 Enthaltung an. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/24):

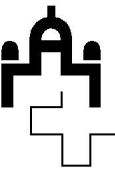
## Wirtschaft II

Stärkung der  
wirtschaftlichen  
Landesver-  
sorgung

Unabhängigere  
Regulierungs-  
kostenschätzung

KMU-  
Regulierungs-  
kostenbremse

- Das Landesversorgungsgesetz regelt die Vorratshaltung und die Sicherstellung zentraler Güter wie Lebensmittel und Energieträger und bildet damit eine zentrale Grundlage der Krisenvorsorge. Die Erfahrungen aus der Covid 19 Pandemie haben gezeigt, dass die bestehenden Regelungen im Ernstfall nicht ausreichen, weshalb der Bundesrat eine Revision vorgelegt hat (25.085). Ziel ist es, die bisher eher reaktive wirtschaftliche Landesversorgung zu einem modernen, vorausschauenden und stärker datengestützten Instrument weiterzuentwickeln. Aus Sicht der SVP ist diese Stossrichtung zu begrüßen, da sie die Krisenfestigkeit der Schweiz stärkt und die Versorgungssicherheit verbessert. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte das Gesetz einstimmig an.
- Die Motion (25.4179) verlangt, dass die Kosten neuer Regulierungen künftig unabhängiger geschätzt werden. Heute erfolgt diese Einschätzung oft durch jene Verwaltungseinheit, die die entsprechende Regulierung selbst vorbereitet, was zu verzerrten Ergebnissen führen kann. Der Ständerat hat den Vorstoss bereits in der Wintersession 2025 angenommen. In der Sommersession 2026 hat nun auch der Nationalrat mit 130 (64 SVP) zu 63 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.
- Die Motion (25.4187) verlangt, dass neue Bundesgesetze und völkerrechtliche Verträge, die für kleine und mittlere Unternehmen erhebliche zusätzliche Kosten verursachen, künftig nur noch unter erhöhten Anforderungen beschlossen werden können – etwa durch ein qualifiziertes Mehr in beiden Räten oder durch einen parallelen Abbau bestehender Vorschriften. Der Ständerat hat den Vorstoss bereits in der Wintersession 2025 mit 23 zu 19 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. In der Sommersession 2026 hat nun auch der Nationalrat mit 99 (65 SVP) zu 96 Stimmen zugestimmt.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/24): Aussenwirtschaft

## Wirtschafts- partnerschafts- abkommen mit Malaysia

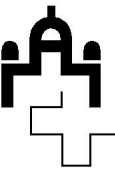
- Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia (26.018) stärkt die Rechtssicherheit und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen auf dem malaysischen Markt, während es gleichzeitig das Risiko einer Diskriminierung gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern reduziert und der Schweiz einen zeitlichen Vorteil gegenüber der EU verschafft. Konkret werden rund 99,9 % der Schweizer Exporte nach Malaysia von Zollerleichterungen profitieren. Malaysia ist innerhalb der ASEAN-Staaten nach Singapur, Thailand und Vietnam der viertwichtigste Handelspartner der Schweiz. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage im Nationalrat mit 130 zu 64 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen, im Ständerat mit 36 zu 3 bei 5 Enthaltungen.

## Aktualisierung Freihandels- abkommen mit der Ukraine

- Die Aktualisierung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der Ukraine (25.084) zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen zu stärken und bestehende Benachteiligungen gegenüber anderen Handelspartnern abzubauen. In der Schlussabstimmung genehmigte der Ständerat das Abkommen mit 39 zu 1 Stimme bei 4 Enthaltungen, während der Nationalrat es mit 196 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung annahm.

## Freihandels- abkommen mit den Mercosur- Staaten

- Der Nationalrat hat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mercosur (26.033) mit 96 zu 86 Stimmen bei 9 Enthaltungen in der ersten Lesung abgelehnt. Das Abkommen hätte rund 96% der Schweizer Exporte von Zöllen befreit. Das Abkommen hätte einen Beitrag zur Diversifizierung des Schweizer Aussenhandels ausserhalb der EU geleistet. Das Geschäft geht nun in den Ständerat, bevor der Nationalrat erneut darüber befindet.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/24): Migrationspolitik I

**Sichere  
Herkunftsstaaten  
ausweiten**

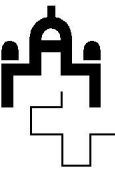
- Zwei gleichlautende SVP-Fraktionsmotionen (26.3067; 26.3407) verlangen, die Liste verfolgungssicherer Herkunftsstaaten um Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien und die Türkei zu erweitern. Während der Nationalrat die ersten vier Staaten deutlich guthies, scheiterte die Ausweitung auf die Türkei im Nationalrat knapp mit 96 zu 92 Stimmen (66 SVP) bei 8 Enthaltungen. Der Bundesrat muss nun eine Umsetzungsvorlage ausarbeiten.

**Dauerhaften  
Grenzschutz  
gewährleisten**

- Die Motion (24.3701) von Nationalrat Yvan Pahud (SVP/VD) verlangt einen verstärkten Schutz der Landesgrenzen durch ausreichend verfügbare mobile Patrouillen des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit. Ziel ist es, die grenzüberschreitende Kriminalität wirksamer einzudämmen. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat der Motion mit 29 zu 12 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Damit ist der Bundesrat beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten.

**Vorerst keine  
Landes-  
verweisungen  
durch Strafbefehl**

- Die Motion der Rechtskommission des Nationalrats (25.3428) wollte ermöglichen, dass Landesverweisungen gegen Kriminaltouristen künftig direkt im Strafbefehlsverfahren ausgesprochen werden können, um Verfahren zu vereinfachen und kostengünstiger zu gestalten. Der Ständerat lehnte den Vorstoss jedoch ab und begründete dies mit dem laufenden Vollzug anderer überwiesener Vorstösse, deren Umsetzung zunächst abgewartet werden solle. Die Motion ist damit erledigt.



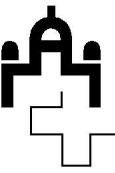
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/24): Migrationspolitik II

**Landes-  
verweisung hat  
Vorrang vor  
teuren  
therapeutischen  
Massnahmen**

**Wirksame  
Massnahmen  
gegen kriminelle  
Asylsuchende**

**Verbot von  
Stellvertreter-  
ehen**

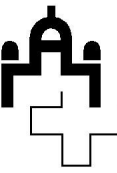
- Die Motion der Rechtskommission des Nationalrats (26.3516) verlangt eine Anpassung des Strafrechts, wonach bei ausländischen Straftätern mit gleichzeitiger stationärer Massnahme und obligatorischer Landesverweisung künftig die Ausschaffung Vorrang erhält: Nach der Haft ist die betroffene Person grundsätzlich zuerst auszuweisen. Ziel ist es, den bestehenden Zielkonflikt zwischen Behandlung und Wegweisung zu beseitigen und langjährige Aufenthalte im Massnahmenvollzug zu verhindern. Der Nationalrat hat die Motion mit 117 zu 71 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.
- Eine Motion (25.4577) von Ständerat Marco Chiesa (SVP/TI) verlangt, dass gegenüber Asylsuchenden in Bundesasylzentren bei Regelverstössen, bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder im Falle eröffneter Strafverfahren einschneidendere Massnahmen möglich werden, namentlich eine Ausgangssperre von bis zu zehn Tagen oder eine Haftdauer von bis zu zehn Tagen. Der Ständerat hat die Notwendigkeit entsprechender Massnahmen anerkannt und die Motion mit 32 zu 11 Stimmen klar angenommen. Die Motion geht nun an den Nationalrat.
- Die Motion (25.4039) von Ständerätin Esther Friedli (SVP/SG) zielt darauf ab, den Einwanderungskanal über Stellvertreterehe zu unterbinden. In der Schweiz gilt die Ehe als höchstpersönliches Rechtsverhältnis und kann nicht in Abwesenheit durch Stellvertretung begründet werden. Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat den Vorstoss mit 111 zu 72 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/24): Staatspolitik

## Versuchsbetrieb für E-Collecting

- Im Zentrum der Reform der politischen Rechte (25.047) steht die Einführung eines Versuchsbetriebs für E-Collecting, also das elektronische Sammeln von Unterschriften für Initiativen, Referenden und Wahlvorschläge. Die SVP lehnt dieses Instrument ab, da digitale Sammelprozesse anfällig für Missbrauch und Manipulation sind. Auch die Ausweitung staatlicher Aufgaben im Bereich der politischen Bildung und Demokratieförderung wird abgelehnt, da hier die Gefahr einer unzulässigen Einflussnahme auf die politische Meinungsbildung besteht. Zudem werden Datenschutzvorgaben für Initiativkomitees gelockert und die Behandlung von Stimmrechtsbeschwerden teilweise zentralisiert. In der Schlussabstimmung hat der Ständerat die Vorlage mit 37 zu 7 Stimmen und der Nationalrat mit 131 zu 67 (66 SVP) Stimmen angenommen.



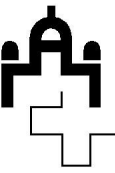
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/24): Sicherheitspolitik I

## Armeebotschaft 2026

## Nachrichtendienst erhält mehr Kompetenzen

## Stärkung der Inländischen Munitions- produktion

- Die diesjährige Armeebotschaft (26.025) umfasst Verpflichtungskredite von rund 3,4 Milliarden Franken und setzt klare Schwerpunkte beim Ausbau der bodengestützten Luftverteidigung, beim Schutz vor Drohnen sowie bei zusätzlichen Fähigkeiten im Cyberraum. Der Ständerat stimmte der Armeebotschaft schliesslich mit 34 zu 8 Stimmen klar zu. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.
- Die Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) zielt darauf ab, dem Nachrichtendienst des Bundes weitergehende Kompetenzen einzuräumen (26.021). Künftig soll er nicht mehr nur bei Terrorismus oder Spionage, sondern bereits bei gewalttätigem Extremismus die gleichen Überwachungsmaßnahmen einsetzen dürfen. Dazu zählen Telefonüberwachung, das Eindringen in IT-Systeme oder verdeckte Observation. Der Nationalrat nahm die Revision des NDG mit 111 (51 SVP) zu 40 (1 SVP) Stimmen und 21 Enthaltungen (8 SVP) an. Als Nächstes wird der Ständerat über die Revision beraten.
- Beide Räte haben eine Motion (25.4046) von Ständerat Werner Salzmann (SVP/BE) angenommen. Diese verlangt, dass der Bundesrat eine strategische Rüstungskooperation mit dem Munitionshersteller SwissP eingeht, um den Verbleib des Hauptsitzes in der Schweiz zu sichern. SwissP ging aus dem Verkauf der RUAG Ammotec an den Rüstungskonzern Beretta hervor und ist weiterhin Hauptlieferant für Munition der Schweizer Armee. Da die Armee die vorgesehenen Mengen derzeit nicht abnimmt, ist die Zukunft des Unternehmens und damit die Sicherheit der Lieferketten gefährdet. Der Nationalrat hatte der Motion bereits im Frühling zugestimmt und sie um die Firma Saltech ergänzt, die sich in einer vergleichbaren Situation befindet. Der Ständerat hat dieser Erweiterung nun ebenfalls zugestimmt. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.



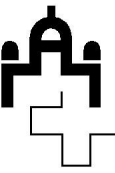
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/24): Sicherheitspolitik II

## Erneute Verlängerung des Swisscoy- Einsatzes im Kosovo

- Seit 1999 beteiligt sich die Schweizer Armee am NATO-geführten Einsatz im Kosovo. Das aktuelle Mandat wäre Ende 2026 ausgelaufen, doch beantragt der Bundesrat eine Verlängerung bis 2029 sowie die Möglichkeit, das Kontingent bei Bedarf um 30 Soldaten auf insgesamt 245 aufzustocken (25.093). Bereits 2023 wurde es um 20 Angehörige der Armee erhöht. Für den Einsatz werden jährlich 48,5 Millionen Franken aus dem ordentlichen Armeebudget aufgewendet. Die Befürworter führen Friedensförderung, Sicherheit in Europa, die Eindämmung von Migration aus dem Balkan sowie Solidarität mit NATO und EU ins Feld. Dabei bleibt unerwähnt, dass die knappen finanziellen Mittel besser für die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz eingesetzt werden sollten, und dass der Einsatz mit der Schweizer Neutralität nur schwer vereinbar ist. Nachdem der Ständerat der Verlängerung in der Frühjahrssession zugestimmt hatte, ging der Nationalrat noch weiter und beschloss, das Kontingent im Bedarfsfall um bis zu 85 Soldaten auf insgesamt 300 zu erhöhen. Der Ständerat übernahm diese weitere Ausweitung oppositionslos.

## Erheblicher Ausbau des Militäreinsatzes in Bosnien

- Der Bundesrat will den Schweizer Armeeeinsatz in Bosnien und Herzegowina im Jahr 2027 personell verstärken (26.034). Hintergrund ist die Übernahme des Einsatzkommandos durch Österreich, das sein eigenes Kontingent deutlich ausbaut und die Schweiz um zusätzliche logistische Unterstützung ersucht hat. Der Nationalrat folgte diesem Anliegen und ging noch einen Schritt weiter: Statt der ursprünglich vorgesehenen 12 zusätzlichen Armeeingehörigern, beschloss er eine Aufstockung auf 36. Der Nationalrat nahm die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 125 zu 63 (alle SVP) Stimmen an. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/24): Sicherheitspolitik III

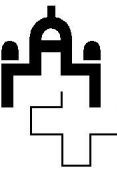
Integration in die  
EU-Armeer-  
struktur

Nein zur geisti-  
gen Landes-  
verteidigung

Nein zur Abgabe  
von Taschenmu-  
nition für Armeer-  
angehörige

Abschaffung  
«Frauen in der  
Armee und  
Diversity»

- Eine Motion (25.3529) fordert, dass der Bundesrat mit der EU ein verteidigungspolitisches Partnerschaftsabkommen aushandelt. Der Nationalrat hatte den Vorstoss bereits im Herbst 2025 angenommen. Der Ständerat stimmte der Motion mit 21 zu 20 Stimmen – gegen den Willen der SVP – zu. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.
- Nationalrat Lukas Reimann (SVP/SG) verlangte in einer Motion (25.3446) ein Massnahmenpaket zur Stärkung der geistigen Landesverteidigung. Das Anliegen wurde jedoch nur von der SVP geteilt: Der Nationalrat lehnte die Motion mit 124 zu 61 Stimmen (alle SVP) ab. Die Motion ist damit erledigt.
- Nationalrat Walter Gartmann (SVP/SG) erinnerte in einer Motion (25.3469) an ein Versprechen des Bundesrates aus dem Jahr 2007 im Zusammenhang mit der Abschaffung der Taschenmunition für Soldaten. Damals wurde zugesichert, dass diese bei einer erhöhten Bedrohungslage wieder ausgegeben werden könne. Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Entwicklungen forderte Gartmann eine entsprechende Wiedereinführung. Der Nationalrat lehnte die Motion mit 124 zu 63 Stimmen (alle SVP) ab. Die Motion ist damit erledigt.
- Nationalrat Jean-Luc Addor (SVP/VS) forderte in einer Motion (24.4559) die Abschaffung der Fachstelle «Frauen in der Armee und Diversity». Insbesondere erfülle die Fachstelle ihre Kernaufgabe – die Förderung des Frauenanteils in der Armee – nicht und befasse sich stattdessen primär mit ideologischen Fragestellungen. Der Nationalrat lehnte die Motion mit 122 zu 64 Stimmen (alle SVP) bei 3 Enthaltungen ab. Die Motion ist damit erledigt.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/24): Sicherheitspolitik IV

**Schwächung der  
Milizarmee  
abgelehnt**

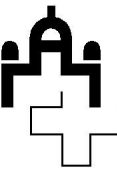
- Eine Motion aus den Reihen der SP (25.3897) verlangte, dass Armeewaffen eingezogen werden müssen, wenn deren Inhaber sie während zehn Jahren nicht mehr aktiv genutzt haben. Damit zielte die SP direkt auf das Schützenwesen und die Tradition, wonach Armeewaffen in Privatbesitz verbleiben. Die Motion wurde nur knapp, mit 98 (65 SVP) zu 92 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Sie ist damit erledigt.

**Sicherheitsab-  
gabe für die  
ausländische  
Wohn-  
bevölkerung**

- Eine Fraktionsmotion der SVP (24.3846) verlangt, dass volljährige Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz eine Sicherheitsabgabe entrichten müssen, die sich an der Wehrpflichtersatzabgabe orientiert. Die ausländische Wohnbevölkerung, die über ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, leistet bisher keinen Beitrag zur Landesverteidigung, da sie weder dienstpflchtig ist noch die Wehrpflichtersatzabgabe entrichtet. Diese Lücke soll mit der Motion geschlossen werden. Der Nationalrat stimmte der Einführung einer solchen Sicherheitsabgabe mit 105 (64 SVP) zu 82 Stimmen zu. Die Motion geht nun an den Ständerat.

**Keine  
Wehrdienst-  
umgehung von  
Doppelbürgern**

- Der Nationalrat hat zwei Motionen (25.3037; 26.3520) angenommen, die darauf abzielen, die Wehrdienstumgehung durch Doppelbürger zu erschweren. Die erste Motion verlangt, dass der Orientierungstag des französischen Militärs für französisch-schweizerische Doppelbürger nicht mehr als erfüllte Wehrpflicht anerkannt wird. Die zweite Motion verlangt, dass im Ausland geleisteter Militärdienst nur dann anerkannt wird, wenn er mit dem Militärdienst in der Schweiz mindestens vergleichbar ist. Beide Motionen wurden mit 120 (64 SVP) zu 71 Stimmen angenommen. Während die erste Motion an den Bundesrat überwiesen ist, kommt die zweite Motion als nächstes in den Ständerat.



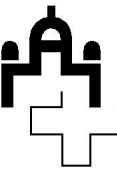
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/24): Landwirtschaft I

**Erleichterter  
Zugang zu  
Pflanzenschutz-  
mitteln**

**Stärkung des  
Schutzes des  
bäuerlichen  
Bodens**

**Bekämpfung der  
asiatischen  
Hornisse**

- Mit der Vorlage (22.441) soll die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz vereinfacht und beschleunigt werden. Pflanzenschutzmittel, die bereits in Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Belgien oder den Niederlanden zugelassen sind, sollen künftig in einem erleichterten Verfahren auch in der Schweiz verfügbar werden. Damit soll die Schweizer Landwirtschaft rascher Zugang zu modernen Mitteln erhalten und gegenüber ausländischen Bauern nicht benachteiligt werden. Der Nationalrat und der Ständerat nahmen die Vorlage in der Schlussabstimmung an.
- Mit der Änderung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (25.079) sollen Ehepartner auf Landwirtschaftsbetrieben besser abgesichert werden, insbesondere durch ein bevorzugtes Vorkaufsrecht, das eine Weiterführung des Betriebs erleichtert. Gleichzeitig wird der Grundsatz der Selbstbewirtschaftung gestärkt, wonach landwirtschaftliche Flächen grundsätzlich von den Eigentümern selbst bewirtschaftet werden sollen. Zudem erhalten Betriebe mehr unternehmerischen Handlungsspielraum, etwa bei der Belehnung von Grundstücken. In der Sommersession 2026 hat der Nationalrat die Vorlage mit 189 (62 SVP) zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung deutlich angenommen. Damit geht das Geschäft an den Ständerat.
- Die Motion (24.3714) beauftragt den Bundesrat, die Bekämpfung der Asiatischen Hornisse besser zu koordinieren. Diese invasive Art breitet sich in der Schweiz rasch aus und gefährdet insbesondere Honigbienen, die Imkerei, die Landwirtschaft sowie die Biodiversität. Der Nationalrat hat die Motion in der Sommersession 2026 mit 130 (64 SVP) zu 54 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.



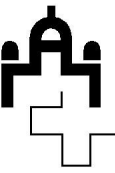
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/24): Landwirtschaft II

**Importregeln für  
Stopfleber  
bleiben  
umstritten**

- Mit einer parlamentarischen Initiative der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (25.404) soll ein indirekter Gegenvorschlag zur Stopfleber-Initiative geschaffen werden. Die Volksinitiative will den Import von Stopflebern in die Schweiz verbieten. Anstelle eines starren Verfassungsverbots soll auf Gesetzesstufe geregelt werden, unter welchen Voraussetzungen solche Produkte in die Schweiz eingeführt werden dürfen. Der Ständerat hat nun gegenüber dem Nationalrat Änderungen beschlossen, insbesondere mit Blick auf die Reichweite des Gegenvorschlags und die Frage, welche Produkte konkret von einem Importverbot erfasst werden sollen. Die SVP lehnt sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab.

**Keine unnötige  
Bürokratie beim  
Einkauf von  
Früchten und  
Gemüse**

- Nach der Aufhebung der Toleranzregelung per 1. Januar 2025, wonach das Gewicht sehr leichter Beutel (bis zu 2 Gramm) beim Wägen offener verkaufter Waren nicht abgezogen werden musste, wurde die daraus resultierende unnötige Verkomplizierung für Konsumentinnen und Konsumenten sowie für den Detailhandel breit kritisiert. Das Parlament hat diese Fehlentwicklung nun korrigiert: Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion (25.4313) oppositionslos angenommen, damit die per 1. Januar 2025 abgeschaffte Bagatellregel in der Verordnung des EJPD über die Mengenangabe im Offenverkauf und auf Fertigpackungen (MeAV-EJPD) wieder einzuführen ist, wonach bei Waren, die im Offenverkauf von der Konsumentin oder vom Konsumenten selbst abgewogen werden, das Nettogewicht zusammen mit dem Gewicht eines Schutzsacks oder einer anderen Verpackung von maximal zwei Gramm für die Mengenbestimmung massgebend ist.



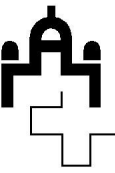
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/24): Verkehrspolitik

**Nein zu einer  
zentralisierten  
Mobilitätsdaten-  
infrastruktur**

**Revision  
Luftfahrtgesetz:  
Betriebszeiten  
von 6 bis 23.30  
Uhr gesetzlich  
geregelt**

**Schutz für  
Blaulicht-  
organisationen**

- Die Vorlage (25.049) sieht den Aufbau einer nationalen Dateninfrastruktur vor, die Mobilitätsanbieter zur Datenlieferung verpflichten würde. Die SVP lehnt diese staatliche Datenzentralisierung konsequent ab. Sie führt zu unnötiger Bürokratie, belastet insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit zusätzlichem Aufwand und stellt einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Nachdem der Nationalrat in der Frühlingssession auf die Vorlage eingetreten ist, beschloss der Ständerat in der aktuellen Session mit 25 Stimmen gegen 20 das Nichteintreten. Das Geschäft geht zurück in den Nationalrat.
- Die Revision des Luftfahrtgesetzes (25.086) setzt mehrere parlamentarische Vorstösse um. Diese betreffen die strafrechtlichen Zuständigkeiten des Bundes im Luftverkehr, die Altersgrenze für Helikopterpiloten sowie das Beschaffungswesen für Flughäfen. Zudem enthält das Gesetz Bestimmungen, um die Betriebszeiten der Flughäfen Genf und Zürich gesetzliche zu verankern. Diese sind neu mit 6 bis 23.30 Uhr festgesetzt. Der Nationalrat unterstützte mit 130 Stimmen (64 SVP) gegen 60 die Vorlage. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.
- Der Ständerat hat eine Motion (25.4074) angenommen, dass die administrativen Sanktionen (Führerausweisentzug) für Lenkerinnen und Lenker von Blaulichtfahrzeugen auf dringlichen Dienstfahrten reduziert werden sollen. Auslöser war ein Bundesgerichtsurteil, bei dem eine Polizistin trotz bedingter Strafe einen zwölfmonatigen Ausweisentzug hinnehmen musste. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/24): Digitalisierung, Kommunikation, Bildung

## Digitalisierung der Führerausweise

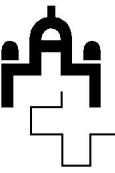
- Beide Räte haben eine Motion der nationalrätlichen Verkehrskommission (25.4402) angenommen, welche die rechtlichen Grundlagen für digitale Führer- und Fahrzeugausweise schaffen will. Damit soll die Pflicht zum Mitführen physischer Dokumente aufgehoben werden. Das Geschäft ist damit an den Bundesrat überwiesen.

## Vergabe von Schweizer Domains

- Der Bundesrat wird beauftragt (24.4393), die rechtlichen Grundlagen dahingehend zu ändern, dass in Zukunft schweizerische Domains (.ch und .swiss) einerseits nur an eindeutig identifizierte natürliche oder juristische Personen herausgegeben werden und andererseits bei einem Missbrauchsfall nicht mehr nur Phishing oder Malware als Voraussetzung für die technische und administrative Blockierung der Domain seitens der Behörden gilt, sondern auch andere Missbrauchsfälle abgedeckt werden. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

## Mehr Geld für die EU-Forschungs- programme wegen besserem BIP-Wachstum als in der EU

- Mit dem Nachtrag I zum Voranschlag 2026 (26.007) beantragt der Bundesrat 67,3 Millionen Franken für Beiträge an die EU-Forschungsprogramme, u.a. aufgrund der im Vergleich mit der EU positiven BIP-Entwicklung. Die SVP lehnt dies ab, denn im ordentlichen Budget 2026, das das Parlament im Dezember verabschiedet hat, ist für die EU-Forschungsprogramme ein Betrag von 629,3 Millionen Franken eingestellt. Dieser soll jetzt im Nachtrag I bereits um 10 Prozent erhöht werden. Bereits im vergangenen Jahr hat uns der Bundesrat im Nachtrag II einen Betrag von über 660 Millionen Franken für die EU-Forschungsprogramme beantragt. Der Nationalrat hat den Nachtrag in der Sommersession 2026 mit 123 zu 64 (64 SVP) Stimmen angenommen, der Ständerat stimmte einstimmig zu.



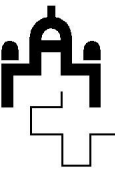
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/24): Umwelt

Abgeltungen für  
PFAS-  
Sanierungen  
rückwirkend  
zulassen

Schutzwürdige  
Interessen bei  
Baueinsprachen  
klar definieren

Realistisches  
Monitoring für  
den  
Gewässerschutz

- Mit der parlamentarischen Initiative der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (25.440) sollen Kantone und Gemeinden auch rückwirkend Beiträge aus dem Altlastenfonds erhalten können, wenn sie Standorte saniert haben, die durch PFAS-haltige Lösch-schäume belastet wurden. Heute sind solche Abgeltungen erst seit der Gesetzesänderung von 2024 möglich, wodurch frühe Sanierungen benachteiligt würden. Der Nationalrat hat die Vorlage bereits in der Frühjahrsession 2026 angenommen. Aus Sicht der SVP ist dieser Ansatz sinnvoll, da eine bestehende Lücke bei der Kostenbeteiligung geschlossen wird. In der Schlussabstimmung haben beide Räte die Vorlage einstimmig angenommen.
- Die Motion (25.3972) beauftragt den Bundesrat, die Einsprachemöglichkeiten im Bau- und Planungswesen klarer zu regeln. Künftig soll präziser definiert werden, wer überhaupt einspracheberechtigt ist: Ein schutzwürdiges Interesse sollen nur noch Personen geltend machen können, die von einem Projekt direkt und besonders betroffen sind. Damit sollen taktische oder missbräuchliche Einsprachen eingedämmt werden, die Bau- und Infrastrukturprojekte unnötig verzögern. Nachdem der Ständerat den Vorstoss bereits in der Wintersession 2025 angenommen hatte, stimmte in der Sommersession 2026 auch der Nationalrat oppositionslos zu. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.
- Die Motion (24.4589) zielt darauf ab, beim Gewässermonitoring im Bereich Pflanzenschutzmittel klare Kriterien festzulegen, wann eine Belastung tatsächlich als «wiederholt und verbreitet» gilt. Der Nationalrat hatte die Motion bereits in der Sondersession 2025 angenommen. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.



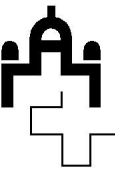
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (17/24): Sozialwerke I

## Bericht zur Weiterent- wicklung der 2. Säule

## Weiterarbeit nach 65 soll sich lohnen

## Ausweitung der ALV-Schlecht- wetterentschä- digung auf die Temporär- branche

- Während die beiden Vorstösse aus dem Nationalrat „BVG-Altersgutschriften. Nur noch zwei statt vier Gutschriftensätze“ (26.400) und „BVG-Alterssparen ab dem 1. Januar nach dem 19. Geburtstag“ (26.401) in der Kommission des Ständerats abgelehnt wurden, hat der Ständerat ein Postulat (26.3521) beschlossen, das genau diese beiden Punkte aufnimmt. Da auch noch linke Anliegen ins Postulat aufgenommen wurden (Absenkung Eintrittsschwelle, Absenkung Koordinationsabzug und Verbesserung der Situation von Personen mit mehreren Teilzeitstellen), ist unklar, ob die Anliegen weiterverfolgt werden.
- Die Motion (25.3424) verlangt, dass mit der nächsten AHV-Revision höhere Zuschläge für den Rentenaufschub sowie gleichbleibende oder höhere Kürzungssätze beim vorzeitigen Rentenbezug geprüft werden. Dabei soll die Ausgestaltung stärker an versicherungstechnischen Grundsätzen ausgerichtet werden, wobei auch besonders belastende Tätigkeiten berücksichtigt werden können. Der Nationalrat hat den Vorstoss mit 130 zu 63 Stimmen (64 SVP) angenommen. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.
- Mit einer Motion (25.3429) soll auch der Temporärbranche eine Schlechtwetterentschädigung ermöglicht werden. Die Temporärarbeit ist jedoch bewusst flexibel ausgestaltet und soll Konjunkturschwankungen abfedern. Zudem können Temporärfirmen aufgrund ihres Netzwerkes Mitarbeitende kurzfristig anderweitig einsetzen. Dies würde letztlich zu einer unerwünschten Risikoverlagerung auf das allgemeine Versichertenkollektiv in der Arbeitslosenversicherung führen. Immerhin hat der Ständerat die Motion dahingehend abgeändert, dass lediglich „Arbeitnehmende, die mindestens seit sechs Monaten in einem durchgehenden Arbeitsverhältnis in der Temporärbranche beschäftigt sind, nicht weiterhin von der Schlechtwetterentschädigung ausgeschlossen werden.“



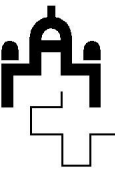
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (18/24): Sozialwerke II

## Leistungsaus- weitung bei der Arbeitslosen- versicherung

- Die parlamentarische Initiative (20.406) will Unternehmer in arbeitgeberähnlicher Stellung künftig von Leistungen der Arbeitslosenversicherung profitieren lassen. Bundesrat Guy Parmelin warnte vergeblich vor Fehlanreizen und vor Mehrkosten von schätzungsweise 400 bis 500 Millionen Franken, die langfristig zu höheren Lohnabzügen führen würden. Die SVP lehnte den Ausbau ebenfalls ab, da damit bewusst eingegangene unternehmerische Risiken über die Arbeitslosenversicherung abgesichert und unternehmerische Fehlentscheide sozialisiert würden. Zielführender wäre aus ihrer Sicht eine Befreiung von der Beitragspflicht statt ein Leistungsausbau. In den Schlussabstimmungen nahm der Ständerat die Vorlage mit 36 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen an, der Nationalrat stimmte ihr mit 133 zu 65 Stimmen zu.

## Wiederher- stellung der Vereinstaug- lichkeit in der Unfallver- sicherung (UVG)

- Per 1. Juli 2024 wurde ein neuer Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe j der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) eingeführt. Dieser sieht vor, dass falls eine Person in einem Sportverein ein Einkommen von mindestens CHF 10'080.- erzielt, alle Sportler und Trainer durch den Verein UVG-versichert sind. Die Motion (25.3590) verlangt nun eine UVG-Gesetzesanpassung, damit die Versicherungspflicht für Sportvereine flexibler ausgestaltet wird. Konkret sollen kleine Entschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeitende von der Versicherungspflicht ausgenommen werden. Zudem sollen risikogerechte Prämien verbindlich werden, damit Vereine nicht pauschal nach der höchsten Gefahrenklasse belastet werden. Aus Sicht der SVP ist der Vorstoss zu begrüßen, da er insbesondere milizbasierte Strukturen und KMU-ähnlich organisierte Vereine spürbar entlastet. Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat mit 152 zu 28 Stimmen bei 13 Enthaltungen zugestimmt. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.



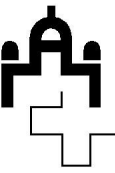
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (19/24): Gesundheitspolitik I

Keine  
zentralistische  
Planung der  
Schweizer  
Spitallandschaft

Kein Luxus-  
Gesundheits-  
wesen für  
Ausländer in Haft

Digitalisierte  
Rezepte und  
Medikationspläne

- Mit zwei Motionen (23.3814 und 23.4284) hätte die Schweizer Spitallandschaft zentralistisch geplant werden sollen. Nachdem der Nationalrat beiden Motionen zugestimmt hatte, ist der Ständerat ihm nun jedoch nicht gefolgt, da bereits mehrere Projekte in diese Richtung am Laufen sind und die Kantone gemäss Verfassung für die Sicherstellung der Grundversorgung zuständig sind. Bei der Auslegeordnung gilt es auch die Mehrfachrollen der Kantone (Eigentümer, Planung, Tarifgenehmigung, Bewilligung und Teilfinanzierung) zu berücksichtigen und Spitalleitungen mit betriebswirtschaftlichem Fokus zu besetzen.
- Der Bundesrat wollte das Krankenversicherungsgesetz ändern (25.099) und ausländische Personen, die in Haft sind, der obligatorischen Krankenversicherung unterstellen. Dies hätte bedeutet, dass diese neu die gleichen Gesundheitsleistungen wie Schweizerinnen und Schweizer hätten beziehen dürfen. Der Ständerat hat diesem Ansinnen mit 33 zu 9 Stimmen zu Recht eine klare Abfuhr erteilt. Somit werden die Gesundheitskosten Inhaftierter ohne Wohnsitz in der Schweiz weiterhin durch die Kantone finanziert. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.
- Mit der Heilmittelgesetzesrevision 3a (25.074) sollen künftig elektronische Medikationspläne sowie E-Rezepte verpflichtend eingeführt werden. Der Ständerat hat das Geschäft mit 33 zu 1 Stimmen deutlich gutgeheissen, wobei in der Detailberatung weiterhin Differenzen bestehen. So spricht er sich unter anderem für die Aufhebung des Verbots des Versandhandels mit frei verkäuflichen Arzneimitteln aus, der heute nur in Ausnahmefällen zulässig ist. Die Vorlage geht nun erneut an den Nationalrat.

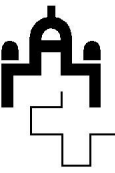


# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (20/24): Gesundheitspolitik II

**Keine blinde  
Übernahme der  
WHO-Alkohol-  
richtlinien**

**Neue IT-Plattform  
für die Gesund-  
heitsdaten von  
Spitälern u.a. Lei-  
stungserbringern**

- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat neue Richtlinien für den Umgang mit Alkohol eingeführt. Eine Motion (25.4153) verlangt, dass die Schweiz diese Richtlinien nicht übernimmt. Die SVP lehnt staatliche Eingriffe in den privaten Lebensstil sowie die Ess- und Trinkgewohnheiten strikt ab. Alkoholkonsum gehört zur persönlichen Freiheit und ist Teil der Eigenverantwortung. Mündige Bürger sollen nicht vom Staat vorgeschrieben bekommen, was auf dem Teller oder im Glas ist. Die Empfehlungen der WHO führen zu einem schleichenden Ausbau staatlicher Verhaltenslenkung. Der Nationalrat folgte dem Ständerat und nahm die Motion mit Unterstützung der SVP mit 106 zu 75 Stimmen und 11 Enthaltungen an. Damit ist die Motion an den Bundesrat überwiesen.
- Der Bundesrat präsentiert eine Vorlage (26.031) zur Schaffung einer zentrale IT-Plattform für die Gesundheitsdaten von Spitälern und anderen Leistungserbringern im stationären Bereich. Diese wird durch das Bundesamt für Statistik betrieben. Die SVP lehnt diese weitere Zentralisierung beim Bund und der damit verbundenen Konzentration sensibler Gesundheitsdaten ab. Der Nationalrat hat den Entwurf dennoch mit 133 zu 64 (alle SVP) Stimmen angenommen. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.



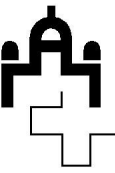
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (21/24): Rechtsfragen I

**Notrecht ist kein  
Freipass für den  
Bundesrat**

**Zentralisiertes  
Betreibungs-  
auskunftssystem**

**Möglichkeit des  
Schuldenschnitts  
für natürliche  
Personen**

- Notrecht darf nicht zur Selbstverständlichkeit werden. Wenn der Bundesrat ausserordentliche Kompetenzen beansprucht, muss er dies transparent begründen. Eine parlamentarische Initiative (23.439) möchte deshalb die demokratische Kontrolle stärken und die Bedingungen für Notrecht besser definieren. Der Ständerat hat einer entsprechenden Vorlage einstimmig zugestimmt. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.
- Die Vorlage (24.065) führt ein zentrales Informationssystem im Schuldbetreibungs- und Konkursrecht ein, das schweizweite Betreuungsauskünfte ermöglicht. Dies schafft Transparenz, erschwert Missbrauch und gestaltet die Verfahren insgesamt effizienter. Der Nationalrat hat die Vorlage in der Schlussabstimmung einstimmig und der Ständerat mit 43 zu 1 Stimmen angenommen.
- Die Vorlage (25.019) sieht ein Sanierungskonkursverfahren für überschuldete Privatpersonen vor, das im Ergebnis einen Schuldenschnitt ermöglicht. Aus Sicht der SVP setzt diese Regelung falsche Anreize zulasten der Gläubiger, da insbesondere kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe auf ihren offenen Forderungen sitzen bleiben dürften. Der Ständerat hat den Entwurf in der Schlussabstimmung mit 34 zu 10 Stimmen angenommen, der Nationalrat mit 131 zu 67 (alle SVP) Stimmen bei 1 Enthaltung.



# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (22/24): Rechtsfragen II

**Symptombekämpfung bei der häuslichen Gewalt**

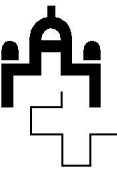
- Die Vorlage (25.080) zielt darauf ab, die Unterstützung für Opfer häuslicher und sexueller Gewalt zu verbessern. Dazu soll die medizinische Versorgung ausgebaut, eine kostenlose forensische Dokumentation eingeführt, mehr Unterkünfte bereitgestellt und die Kantone verpflichtet werden, genügend Angebote bereitzustellen. Der Nationalrat hat mit 139 zu 55 Stimmen (alle SVP) die Teilrevision des Opferhilfegesetzes genehmigt. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

**Kein Verbot von internationalen Adoptionen**

- Die Motion der Rechtskommission des Nationalrats (25.3430) verlangt vom Bundesrat, seinen Richtungsentscheid zum Verbot internationaler Adoptionen zu überprüfen und statt eines generellen Verbots einen neuen Rechtsrahmen zu schaffen, der solche Adoptionen weiterhin ermöglicht. Aus Sicht der SVP wäre ein umfassendes Verbot unverhältnismässig. Ausreichend wären wirksame Kontrollen gewesen, um Missstände zu verhindern. Nachdem der Nationalrat den vom Ständerat modifizierten Motionstext ablehnte, lehnte der Ständerat seinerseits die Motion als Ganzes ab. Da Bundesrat Jans bald eine Vernehmlassungsvorlage präsentiert, wird dieses Thema das Parlament weiterhin beschäftigen.

**Kündigungsschutz für Adoptivmütter**

- Die Standesinitiative des Kantons Tessin (24.318) verlangt eine rechtliche Gleichstellung von Adoptiv- und leiblichen Müttern sowie eine Anpassung der Kündigungsschutzfristen. Aus Sicht der SVP ist eine solche Gleichstellung jedoch nicht sachgerecht, da der Kündigungsschutz für leibliche Mütter in erster Linie eine biologisch bedingte Situation betrifft, die bei Adoptionen nicht gegeben ist. Der Nationalrat hat der Initiative dennoch mit 112 zu 68 Stimmen bei 11 Enthaltungen Folge gegeben. Das Geschäft geht nun zurück in den Ständerat zur Ausarbeitung einer Vorlage.



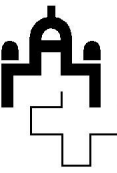
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (23/24): Bundesverwaltung I

**Keine goldenen  
Fallschirme mehr  
für Bundeskader**

- Der Entwurf zur Umsetzung eines Vorstosses aus der SVP-Fraktion (23.432) sieht vor, dass Mitglieder von Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten in der Bundesverwaltung sowie in bundesnahen Unternehmen und Anstalten künftig keine Abgangsentschädigungen («goldene Fallschirme») mehr erhalten dürfen. Solche Entschädigungen, die teilweise sechsstelligen Beträge erreichen, belasten die öffentlichen Finanzen erheblich. Die Bevölkerung erwartet zu Recht einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern statt Sonderprivilegien für Spitzenfunktionäre. Der Ständerat hat die Vorlage mit 21 zu 13 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Als nächstes wird sich der Nationalrat mit der Vorlage beschäftigen.

**Keine  
Obergrenze für  
externe Bera-  
tungsmandate**

- Die Motion (24.4488) verlangt, dass der Bundesrat eine Obergrenze von 100 Millionen Franken pro Jahr für externe Beratungsmandate festlegt. Die Zahlen zeigen klar eine problematische Entwicklung: Die Ausgaben für externe Beratung sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen – von rund 150 Millionen Franken im Jahr 2019 auf fast 184 Millionen im Jahr 2023. Der Nationalrat folgte jedoch der ablehnenden Haltung des Bundesrates und verwarf den Vorstoss mit 97 zu 91 Stimmen (66 SVP) bei 1 Enthaltung. Die Motion ist somit erledigt.



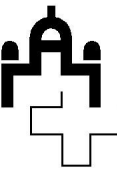
# Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (24/24): Bundesverwaltung II

Zentralisierung  
gemeinsamer  
Verwaltungs-  
dienste

Aufbrechen von  
Silo-Strukturen  
beim Bund

- Die Motion der Finanzkommission des Ständerates (25.4412) verlangt, gemeinsame administrative Dienste in der Bundesverwaltung soweit möglich zu zentralisieren. Betroffen sind insbesondere Querschnittsbereiche wie Finanzen, Personalwesen, Beschaffung, Übersetzungen oder Informatik, die heute häufig in mehreren Departementen parallel organisiert sind und damit zu Doppelspurigkeiten, höheren Kosten und Qualitätsunterschieden führen. Der Ständerat hat die Motion bereits in der Frühjahrssession 2026 angenommen. In der Sommersession 2026 sprach sich nun auch der Nationalrat oppositionslos dafür aus, womit der Bundesrat mit der Umsetzung beauftragt ist.
- Die Motion (25.4167) beauftragt den Bundesrat zu prüfen, wie über verschiedene Departemente verteilte Dienststellen gebündelt und effizienter organisiert werden können. Konkret zielt sie auf Querschnittsbereiche wie Finanzen, Personalwesen, Übersetzungen oder Informatik. Der Nationalrat hat die Motion mit 130 (64 SVP) zu 63 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  - 3. Besuch im Bundeshaus**
  4. Aktualitäten



# Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

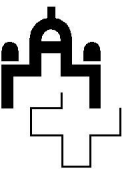
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 14. September – 2. Oktober 2026**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2026**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
  - Anmeldung im Internet unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch):  
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
  - Für Rückfragen E-Mail an [sessionsbesuche@parl.admin.ch](mailto:sessionsbesuche@parl.admin.ch) oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
  - E-Mail an mich
  - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

- 
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
  2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
  3. Besuch im Bundeshaus
  - 4. Aktualitäten**



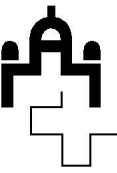
# Abstimmungsvorlagen vom Sonntag, 27. September 2026

- Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

**JA**

- Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»

**NEIN**



# In den nächsten 12 Monaten kommen zahlreiche wichtige Vorlagen vors Volk (NB: Zeitplan nicht bestätigt)

## 27. September 2026

- Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)» und direkter Gegenentwurf (24.092)
- Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» (25.067)

## 29. November 2026

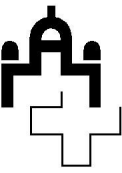
- Referendum Kriegsmaterialgesetz (25.024)
- Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» (25.018)
- Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (24.073)
- Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» (24.080)

## 28. Februar 2027

- Referendum indirekter Gegenvorschlag zur «Blackout-Initiative» (25.068)
- Referendum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia (26.018)
- Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» (25.081)
- Volksinitiative «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelz-Initiative)» (25.059) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird
- Volksinitiative «Ja zum Importverbot für Stopfleber (Stopfleber-Initiative)» (24.089) – Indirekter Gegenentwurf tritt in Kraft, falls Volksinitiative abgelehnt wird

## 6. Juni 2027

- Referendum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mercosur (26.033)
- Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft» (25.078)
- Volksinitiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» (25.035)
- Referendum «Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Anpassung der Hinterlassenenrenten)» (24.078)
- Eher unwahrscheinlich: Kompass-Initiative «Für eine direktdemokratische und wettbewerbsfähige Schweiz – keine EU-Passivmitgliedschaft»
- Eher unwahrscheinlich: EU-Unterwerfungsvertrag / Paket Schweiz-EU (26.023)



**Haben Sie Fragen?**